

Döhrn, Roland et al.

Article

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Nur vorübergehende Störung - Aufschwung bleibt intakt

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Döhrn, Roland et al. (2014) : Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Nur vorübergehende Störung - Aufschwung bleibt intakt, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, Vol. 65, Iss. 3, pp. 39-81

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/103449>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Martin Micheli, Svetlana Rujin und Lina Zwick

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Nur vorübergehende Störung - Aufschwung bleibt intakt¹

Kurzfassung

Die deutsche Konjunktur hat sich im Frühjahr deutlich verlangsamt. Zwar war der Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal zum Teil Folge der ungewöhnlich milden Witterung im ersten Quartal. Allerdings scheint sich auch die konjunkturelle Dynamik abgeschwächt zu haben. Dämpfend wirkte insbesondere die Außenwirtschaft. Da auch die Auftragseingänge im zweiten Quartal stagnierten und die Klimaindikatoren sich verschlechterten, ist vorerst ein nur verhaltener Produktionsanstieg zu erwarten.

Allerdings dürfte das im zweiten Quartal rückläufige BIP nicht den Beginn einer Rezession markieren. So waren die Monatsindikatoren für Juli überraschend günstig. Zudem stieg die Beschäftigung bis zuletzt, die Arbeitslosigkeit lag stabil auf im längerfristigen Vergleich niedrigem Niveau und die Zahl der Offenen Stellen nahm zu. Da auch die Finanzpolitik leicht stimulierend wirkt und die Geldpolitik bis zum Ende des Prognosezeitraums expansiv ausgerichtet sein dürfte, erwarten wir, dass sich der Aufschwung fortsetzt und im Laufe kommenden Jahres etwas an Schwung gewinnt.

Treibende Kraft wird dabei voraussichtlich die Inlandnachfrage sein. Der Private Konsum dürfte von der weiterhin günstigen Lage am Arbeitsmarkt und den deshalb kräftig steigenden Bruttolöhnen und -gehältern profitieren. Zudem werden die monetären Sozialleistungen 2015 voraussichtlich spürbar ausgeweitet. Die dadurch kräftig steigenden verfügbaren Einkommen bilden auch günstige Rahmenbedingungen für die Wohnungsbauinvestitionen, zumal die Finanzierungskosten wohl niedrig bleiben werden. Die Unternehmensinvestitionen litten zwar unter der Eintrübung der Erwartungen der Unternehmen. Sie dürften bei zunehmender Kapazitätsauslastung und weiterhin niedrigen Zinsen aber beschleunigt steigen. Keine Impulse sind dagegen von der Außenwirtschaft zu erwarten. Zwar werden die Exporte im Prognosezeitraum beschleunigt

¹ Abgeschlossen am 12.9.2014. Wir danken Tim Vogel und Philipp Jäger für die Mitarbeit. Kritische Hinweise zu früheren Fassungen des Berichts gab Sabine Weiler. Für die technische Unterstützung danken wir Waltraud Lutze.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2013 bis 2015

	2013	2014 ^P	2015 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	0,1	1,5	1,8
Erwerbstätige ² , in 1000	42 281	42 625	42 825
Arbeitslose ³ , in 1000	2 950	2 905	2 900
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	6,9	6,7	6,6
Verbraucherpreise, Veränderung in %	1,5	1,0	1,6
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	2,4	1,8	1,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Mrd. €	7,3	12	13
in % des nominalen BIP	0,3	0,4	0,4
Leistungsbilanzsaldo ⁷			
in Mrd. €	191,9	199	201
in % des nominalen BIP	6,8	6,9	6,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

nigt zunehmen. Aber die Einfuhren werden bei kräftig zunehmender Inlandsnachfrage und einem wachsenden Vorleistungsbedarf der Exporteure noch stärker zunehmen. Alles in allen erwarten wir einen Anstieg des BIP um 1,5% in diesem Jahr und um 1,8% im kommenden Jahr.

Ungeachtet des Konjunkturaufschwungs und einer weiter zunehmenden Beschäftigung dürfte die Arbeitslosigkeit nur leicht zurückgehen und die Arbeitslosenquote bei 6,6% verharren. Zum einen wird die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns wohl den Arbeitsmarkt belasten, zum anderen dürfte der Beschäftigungsaufbau wohl auch weiterhin aus der Stillen Reserve und der Zuwanderung erfolgen. Der Preisauftrieb wird dabei vorerst gering bleiben, im Prognosezeitraum aber bei steigender Kapazitätsauslastung zunehmen. Die Inflationsrate dürfte sich entsprechend von 1,0% in diesem Jahr auf 1,6% im kommenden Jahr erhöhen. Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich ungeachtet der leicht expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik verbessern, da Steuereinnahmen aufgrund der sich bessernden Konjunktur und der kalten Progression wohl kräftig steigen werden. Der staatliche Budgetüberschuss dürfte sich im laufenden Jahr auf 12 Mrd. Euro bzw. 0,4% in Relation zum nominalen BIP erhöhen und im kommenden Jahr reichlich 13 Mrd. Euro (0,5% des BIP) erreichen.

Wegen der im Vergleich zu vielen europäischen Nachbarn in Deutschland deutlich aufwärtsgerichteten Konjunktur, der niedrigen Arbeitslosigkeit und der guten Lage der Öffentlichen Finanzen lässt sich hierzulande eine gewisse Selbstzufriedenheit beobachten. Entsprechend stehen in der Wirtschaftspolitik derzeit verteilungspolitische Maßnahmen im Vordergrund, die vielfach negativ auf das langfristige Wachstum wirken. Eine wieder stärker am Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik würde nicht nur Deutschland besser auf die Herausforderungen des demografischen Wandels vorbereiten, sondern letztlich auch dem Euro-Raum zu einer kräftigeren Expansion verhelfen.

Summary

The German economy markedly slowed down in spring. While the contraction in the second quarter was partly a result of unusual mild weather conditions in the first quarter of 2014, also underlying dynamics have lost momentum. The external sector in particular dampened the economic upturn. We expect an only subdued output expansion in the short run since incoming orders did not grow in the second quarter and sentiment indicators have declined.

Nevertheless, the output contraction in the second quarter does not indicate the beginning of a recession. Economic indicators were unexpectedly positive in July. Furthermore, employment is steadily increasing, unemployment remains at a low level and the number of vacancies is rising. In addition, fiscal policy measures slightly stimulate the economy and monetary policy is likely to remain expansionary. As a result, the economic upswing will continue and accelerate during the next year.

Domestic demand is likely to be the driving force of this upturn. Favorable conditions on the labor market will considerably raise wages and lead to an expansion of private consumption. Further, social benefits will increase in 2015. The upsurge in disposable income and favorable financing conditions will promote investment in housing construction. Corporate investment will significantly grow in the light of expanding capacity utilization and low interest rates. The external sector is not likely to contribute to the economic upswing. Imports will benefit from the substantial rise in domestic demand and hence expand more strongly than exports. We expect the German GDP to increase by 1.5 percent in 2014 and by 1.8 percent in 2015.

Despite economic growth and rising employment the decline in unemployment is likely to be small. The unemployment rate will be 6.6 percent in 2015. The implementation of statutory minimum wages is likely to negatively affect the upturn on the labor market. Additionally, the increase in employment will continue to originate mainly from the hidden reserve and immigration. Price increases will be low in the short run, but they

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Key Forecast Data

2013 to 2015

	2013	2014 ^f	2015 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in %	0.1	1.5	1.8
Employed persons ² , in 1000	4 281	42 625	42 825
Unemployed ³ , in 1000	2 950	2 905	2 900
Unemployment rate ^{3,4} , in %	6.9	6.7	6.6
Consumer prices, change in %	1.5	1.0	1.6
Labor unit costs ⁵ , change in %	2.4	1.8	1.9
Fiscal balance ⁶			
in € bn	7.3	12	13
in % of nominal GDP	0.3	0.4	0.4
Current account balance ⁷			
in € bn	191.9	199	201
in % of nominal GDP	6.8	6.9	6.7

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office, Deutsche Bundesbank, and the Federal Labor Office. - ¹In real terms. - ²Domestic. - ³National definition. - ⁴in % of civilian labor force. - ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. - ⁶National Accounts definition. - ⁷Balance of payment definition. - ^fForecast.

will accelerate due to enhanced capacity utilization. We expect an inflation rate of 1.0 percent for this year and 1.6 percent for next year. Despite fiscal policy being slightly expansive, the public budget is likely to improve since the economic upswing and bracket creep will considerably raise tax revenues. The public budget surplus will amount to € 12 bn (0.4 percent of GDP) in 2014 and to € 13 bn (0.5 percent of GDP) in 2015.

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

Vorbemerkung: Zur Jahresmitte 2014 wurden die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf eine geänderte Systematik umgestellt, die eine Reihe von makroökonomischen Größen mit neuen Inhalten füllt (Kasten 1). Diese Daten stehen erst ab dem 1. September 2014 zur Verfügung, wodurch für die Erstellung dieses Konjunkturberichts erheblich weniger Zeit zur Verfügung stand als sonst üblich. Wir haben uns daher entschlossen, die Diagnose und Prognose der Konjunktur hier knapper darzustellen als der Leser dies gewohnt ist.

1. Zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft bis 2015

1.1 Rückschlag für Konjunktur im Frühjahr

Die deutsche Konjunktur hat sich im Frühjahr deutlich verlangsamt. Zwar darf man den Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal nicht überbewerten. Dieser ist nämlich zum Teil eine Folge davon, dass aufgrund der ungewöhnlich milden Witterung der Produktionsanstieg im ersten Quartal überzeichnet war; insbesondere die Bauinvestitionen waren kräftig ausgeweitet worden. Dadurch wurde nicht die übliche Frühjahrsbelebung registriert, was im zweiten Quartal negativ zu Buche schlug.

BIP Rückgang im zweiten Quartal zum Teil durch Witterung bedingt ...

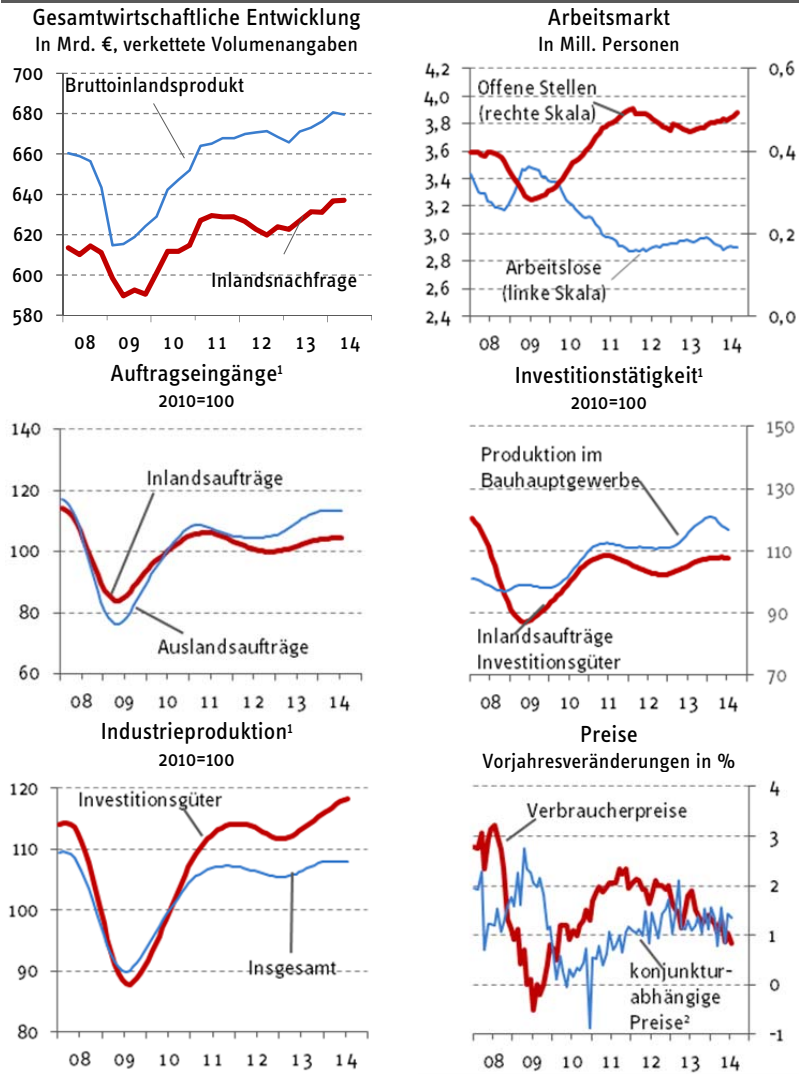
Allerdings ist das schwache zweite Quartal nicht allein auf diesen Sondereffekt zurückzuführen. Vielmehr scheint sich auch die zugrundeliegende konjunkturelle Dynamik abgeschwächt zu haben. Dämpfend wirkte insbesondere die Außenwirtschaft, deren Beitrag zur Expansion des BIP im ersten Halbjahr negativ ausfiel. Die damit einhergehende Verschlechterung der Exporterwartungen und die Verunsicherung der Unternehmen durch den Ukraine-Konflikt beeinträchtigten wohl auch die Ausrüstungsinvestitionen. Folglich stagnierte die Industrieproduktion mehr oder weniger (Schaubild 1). Da die Auftragseingänge im zweiten Quartal ebenfalls stagnierten, ist für das dritte Quartal ein eher verhaltener Produktionsanstieg zu erwarten. Diese Einschätzung wird dadurch gestützt, dass der ifo Geschäftsklimaindex im August zum vierten Mal in Folge gesunken und auch der *Purchasing Managers' Index* in der Tendenz rückläufig ist.

... aber auch Außenwirtschaft wirkt dämpfend

Allerdings dürfte der Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal nicht den Beginn einer Rezession markieren. So überwiegt in den Befragungen des ifo Instituts immer noch der Anteil der Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Lage gut einschätzen, und der *Purchasing Managers' Index* liegt nach wie vor über der „Wachstumsschwelle“ von 50. Auch waren die Monatsindikatoren für Juli

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 1
Indikatoren der Konjunktur
 2008 bis 2014



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Trend-Zyklus-Komponente nach BV 4.1. - ²Ohne Energie, saisonabhängige Güter, Mieten und administrierte Preise.

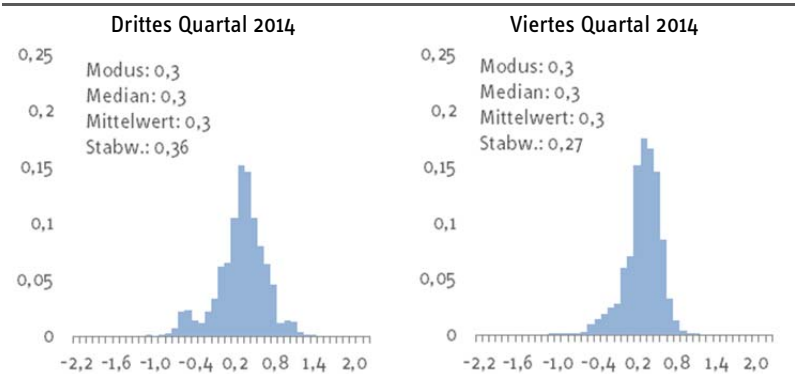
1. Prognose der deutschen Wirtschaft

überraschend günstig. Auftragseingang, Industrieproduktion und Exporte stiegen saisonbereinigt wieder, letztere sogar ausgesprochen kräftig. Allerdings sind monatliche Daten während der Sommermonate aufgrund von Verschiebungen in den Ferienterminen stets mit erhöhter Unsicherheit behaftet, so dass auch diese Zuwächse nicht zum Nennwert genommen werden sollten. Gleichwohl hat sich die Zunahme der Exporte in der Tendenz beschleunigt, und der negative Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft im ersten Halbjahr reflektiert vor allem, dass die Importe noch kräftiger ausgeweitet wurden. Dies spricht aber für eine intakte Binnennachfrage, ebenso wie der weiterhin robuste Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung wurde bis zuletzt ausgeweitet, die Arbeitslosigkeit liegt stabil auf im längerfristigen Vergleich niedrigem Niveau und die Zahl der Offenen Stellen nimmt zu.

Positive Signale
überwiegen
weiterhin

Das Kurzfristmodell, das das RWI verwendet, um die Expansion des BIP im laufenden und im kommenden Quartal zu schätzen, stützt das Bild eines moderaten aber anhaltenden Aufschwungs. Es spricht für eine Zunahme um jeweils 0,3% in beiden Vierteljahren. Dabei liegen die Ergebnisse der einzelnen Gleichungen, die in das Modell eingehen, in einem vergleichsweise engen Korridor. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die deutsche Konjunktur im zweiten Halbjahr wieder Fahrt aufnimmt, wenngleich die Stärke des Aufschwungs etwas hinter dem zurückbleiben dürfte, was zu Jahresanfang erwartet worden war.

Schaubild 2
Kurzfristschätzung der Zuwachsrate des BIP
Prozentuale Verteilung der Prognosen der Vorquartalsveränderung



Eigene Berechnungen. Zur Methode vgl. Döhrn et al. (2011a): 65-67.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 1

VGR-Generalrevision 2014

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden, um eine möglichst hohe internationale Vergleichbarkeit zu erreichen, auf der Grundlage internationaler Regeln erstellt, die in dem System of National Accounts (SNA) der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Diese Regeln werden in größeren zeitlichen Abständen überarbeitet, um veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten, aber auch sich wandelnden Fragestellungen und Ansprüchen der Nutzer Rechnung zu tragen. Solche Änderungen erfolgen in Abständen von 15 bis 25 Jahren. Zuletzt beschlossen die Vereinten Nationen im Jahr 2008 ein derart überarbeitetes Regelwerk (SNA 2008), das die aus dem Jahr 1993 stammenden Regeln für die Erstellung der VGR ablöst.

Bis diese Änderungen auf nationaler Ebene wirksam werden, vergeht einige Zeit. In den USA erfolgte die Umstellung im Jahr 2013. In der EU wurde das SNA 2008 im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) umgesetzt, das im Jahr 2013 in Kraft trat. Es schreibt vor, dass die EU-Staaten ihre VGR ab dem 1. September 2014 nach diesem neuen System veröffentlichen.

Umstellungen der VGR wie den Übergang von ESGV 1995 auf ESGV 2010 bezeichnet man als Generalrevisionen, um sie von den in der Regel alle fünf Jahre stattfindenden Großen Revisionen abzugrenzen. In letzteren werden Methoden und Systematiken punktuell angepasst, neue Datenquellen eingearbeitet und im Laufe der Zeit aufgefallene Fehler beseitigt. So wurde mit der Revision 2011 die Darstellung der Produktionssektoren an die geänderte Systematik der Wirtschaftszweige angepasst. Bei den Generalrevisionen hingegen werden die VGR mit neuen Inhalten gefüllt.

Insgesamt listet das Statistische Bundesamt (2014a) elf konzeptionelle Änderungen auf, die mit der Umstellung auf ESGV 2010 verbunden sind und die Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttonationaleinkommen haben.² Von diesen fällt am stärksten ins Gewicht, dass Forschungs- und Entwicklungsleistungen des Staates und der Unternehmen nunmehr als Bruttoanlageinvestitionen erfasst werden. Zwar bestand schon seit längerem Einigkeit darüber, dass Forschungsaufwendungen Vermögenswerte schaffen. Die statistischen Probleme bei der Umsetzung dieser Erkenntnis schienen aber bisher zu hoch. Den Anlageinvestitionen zugerechnet wurden daher ab 2005 unter der Bezeichnung „Sonstige Anlagen“ lediglich einige immaterielle Anlagegüter, unter denen Software die gewichtigste Position war. Künftig umfasst diese Position auch die durch Forschung und Entwicklung (FuE) geschaffenen Vermögens-

² Die in der Öffentlichkeit viel beachtete Einbeziehung illegaler Aktivitäten in die VGR stellt keine solche konzeptionelle Änderung dar. Legalität war schon bisher kein Kriterium für die Erfassung von Aktivitäten in den VGR (Döhrn 1990: 23). Allerdings bemüht sich das Statistische Bundesamt im Zuge der Generalrevision verstärkt darum, illegale Aktivitäten im BIP zu erfassen und dokumentiert sein Vorgehen dabei (Statistisches Bundesamt 2014b).

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

werte. Damit nähern sich die VGR weiter der Praxis bei der Erstellung von Unternehmensbilanzen an.

Eine weitere gewichtige Änderung betrifft die Erfassung Militärischer Waffensysteme. Bisher galten nur Militäranlagen, die prinzipiell auch zivil nutzbar sind – z.B. Flugplätze – als Anlageinvestitionen. Waffensysteme galten als Vorleistungskäufe des Staates und steigerten so den Staatsverbrauch. Mit der Einführung von ESVG 2010 gelten auch militärische Waffen als Anlageinvestitionen. Ebenfalls Einfluss auf den Ausweis der Investitionen hat, dass geringwertige Wirtschaftsgüter nicht mehr als Vorleistungskäufe angesehen werden.

Diese drei Änderungen erklären einen erheblichen Teil der Wirkungen der Generalrevision auf das BIP. Im Jahr 2010, für das das Statistische Bundesamt weitere Details veröffentlicht hat, wird dieses konzeptbedingt um 66,7 Mrd. € höher ausgewiesen. Davon sind 57,1 Mrd. € auf die Erfassung von FuE, 2,4 Mrd. € auf die geänderte Buchung Militärischer Waffensysteme und 5,3 Mrd. € auf die Einbeziehung geringfügiger Wirtschaftsgüter in die Investitionen zurückzuführen. Die weiteren konzeptbedingten Änderungen etwa bei der Erfassung der Produktion von Versicherungsgesellschaften, der Abgrenzung des Staatssektors oder der Aufgliederung der Produktion der Zentralbank, haben nur geringe Wirkungen auf das BIP. Hinzu kommen allerdings Änderungen in den VGR, die unabhängig von der Umstellung der Systematik erfolgten und das BIP im Jahr 2010 um weitere 14,5 Mrd. € erhöhten.

Auswirkungen der Generalrevision 2014 auf die Verwendungskomponenten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1992 bis 2013; durchschnittliche Abweichungen des neuen vom bisherigen Ergebnis

	nominal, in % ¹	real, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr Mittlere Revision	Mittlere absolute Revision	Größte Abweichung nach oben	Größte Abweichung nach unten	Veränderung der Streuung ²
Bruttoinlandsprodukt	3,1	-0,03	0,12	0,26	-0,49	0,12
Privater Konsum	1,0	0,03	0,16	0,43	-0,44	0,06
Staatlicher Konsum	1,5	0,10	0,17	0,35	-0,34	0,02
Bruttoanlageinvestitionen	12,3	0,02	0,47	1,74	-1,20	-0,47
Ausrüstungsinvestitionen	1,6	-0,12	0,33	1,15	-0,60	-0,22
Bauinvestitionen	0,7	0,07	0,23	1,99	-0,53	0,02
sonstige Anlagen	213,1	-3,17	3,69	3,73	-9,47	-1,05
Vorratsveränderungen ³	X	-0,51	0,93	1,43	-2,53	-0,45
Außenbeitrag ³	X	-0,01	0,17	0,39	-0,43	-0,02
Exporte	-5,8	-0,14	0,55	1,34	-1,29	0,21
Importe	-6,1	-0,19	0,59	1,60	-1,81	0,34

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Differenz zwischen bisherigem und neuem Ergebnis in % des bisherigen Ergebnisses. – ²Differenz der Standardabweichung der Veränderungsdaten. – ³Wachstumsbeiträge.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Die Tabelle vergleicht die Ergebnisse der bisherigen VGR mit den am 1. September 2014 vorgelegten revidierten Werten.³ Sie zeigt, dass das Niveau des nominalen BIP im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2013 um 3,1% höher ausgewiesen wird. Der größte Teil dieses Anstiegs geht von den Änderungen bei der Erfassung der Investitionstätigkeit aus, aber auch der private Konsum und der Staatskonsum wurden nach oben revidiert. Niedriger als in den bisherigen VGR sind die Ein- und Ausfuhr, wobei sich der Außenbeitrag wenig ändert.

Betrachtet man die Veränderungsraten der preisbereinigten Reihen, so ergeben sich für einzelne Jahre zwar deutliche Änderungen. Sieht man von den sonstigen Anlagen ab, gleichen sich Aufwärts- und Abwärtsrevisionen aber weitgehend aus, die mittlere Revision ist also gering. Gleiches gilt für die mittlere absolute Revision. Um einen Eindruck zu bekommen, wie die Revision die Darstellung konjunktureller Schwankungen beeinflusst hat, werden außerdem die Streuungen der bisher veröffentlichten und der revidierten Veränderungsdaten verglichen. Beim BIP schwanken die revidierten Raten etwas stärker, während bei den Investitionen die Einbeziehung von FuE leicht dämpfend auf die Schwankungen der Veränderungsdaten wirkt.

Mit der Generalrevision 2014 wurden auch die Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsvolumen verändert. Die Zahl der Erwerbstätigen wird nun über den gesamten Zeitraum höher ausgewiesen, das Arbeitsvolumen zumindest in den meisten Jahren. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität stellt sich dadurch geringfügig schwächer.

1.2 Expansion gewinnt wieder an Tempo

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürften sich, wie im internationalen Teil dieses Berichts dargestellt, im Prognosezeitraum verbessern. Die EZB wird wohl den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik bis Ende 2015 beibehalten. Die Finanzpolitik dürfte in Deutschland leicht expansiv ausgerichtet sein. Unter diesen Voraussetzungen ist zu erwarten, dass sich der Aufschwung fortsetzt und im Laufe des Prognosezeitraums etwas an Schwung gewinnt. Treibende Kraft wird dabei voraussichtlich die Inlandnachfrage sein.

Für den **Privaten Konsum** weisen vorläufige Indikatoren wie der Konsumklimaindex der EU-Kommission und der RWI-Konsumindikator zwar auf eine vorerst gedämpfte Expansion hin. Jedoch sind die Rahmenbedingungen weiterhin günstig. So dürften bei weiterhin guter Lage am Arbeitsmarkt die

³ Bei dem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass die Angaben für die Jahre 2011 bis 2013 auch durch Revisionen beeinflusst werden, die sich dadurch ergeben, dass aktuellere Angaben der Primärstatistiken in die VGR eingearbeitet werden.

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

Nettolohneinkommen in diesem Jahr um 3,1% zunehmen. In 2015 dürften die Bruttolöhne und -gehälter weiter kräftig steigen und sich die Nettolohneinkommen um 3,5% erhöhen. Die monetären Sozialleistungen werden 2015 voraussichtlich beschleunigt ausgeweitet, da die Renten Mitte 2015 spürbar angehoben werden dürften, die Zahl der Rentenbezieher durch die Möglichkeit der abschlagsfreien Rente ab 63 steigt und die Mütterrente erstmals für ein volles Jahr gilt. Da mit besserer Konjunktur auch die Gewinnentnahmen kräftiger zulegen dürften, ist mit einem Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3% zu rechnen nach 2,1% in diesem Jahr. Bei weiterhin moderatem Preisanstieg dürfte der reale private Konsum im Jahr 2015 um 1,3% ausgeweitet werden nach 0,9% in diesem Jahr.

Rahmenbedingungen für Konsum bleiben günstig

Kräftiger steigende verfügbare Einkommen und ein robustes Arbeitsmarktumfeld sind auch günstige Rahmenbedingungen für die **Wohnungsbauinvestitionen**. Das anhaltend günstige Finanzierungsumfeld stärkt diesen positiven Trend, zumal aufgrund der jüngsten Entscheidungen der EZB die Hypothekenzinsen wohl noch einige Zeit niedrig bleiben werden. Auf einen weiterhin lebhaften Wohnungsbau deuten auch die hohe Zahl von Baugenehmigungen und die gut gefüllten Auftragsbücher hin. Nach einem Anstieg um 4,3% in diesem Jahr, der allerdings durch die witterungsbedingt hohen Investitionen zu Jahresanfang beeinflusst ist, dürften die Wohnungsbauinvestitionen im kommenden Jahr um 3,3% ausgeweitet werden.

Positive Tendenz bei Wohnungsbauinvestitionen hält an

Tabelle 2

Anlageinvestitionen in Deutschland

2013 bis 2015; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	Anteile ¹	2013	2014 ^p	2015 ^p
Anlageinvestitionen insgesamt	100,0	-0,7	4,1	4,5
Ausrüstungen	31,8	-2,7	4,6	6,8
sonstige Anlagen	17,8	1,3	2,3	4,0
Bauinvestitionen insgesamt	50,4	-0,1	4,4	3,2
Wohnbauten	29,7	0,6	4,3	3,3
Nichtwohnbauten	20,7	-1,0	4,5	3,0
gewerbliche Bauten	14,6	-2,1	3,8	2,2
öffentliche Bauten	6,0	1,6	6,2	4,8
nachrichtlich:				
Unternehmensinvestitionen	64,3	-1,5	3,8	5,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Anteile des Jahres 2013 an den nominalen Investitionen in %. - ^pEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 3

Beitrag der Verwendungskomponenten¹ zum Wachstum des BIP

2009 bis 2015; in %-Punkten

	2009	2010	2011	2012	2013	2014 ^p	2015 ^p
Inlandsnachfrage	-3,0	2,8	2,9	-0,9	0,6	1,6	1,8
Konsumausgaben	0,6	0,6	1,4	0,6	0,6	0,7	0,9
Private Haushalte	0,0	0,4	1,3	0,4	0,5	0,5	0,7
Staat	0,5	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	-2,0	0,9	1,4	-0,1	-0,1	0,8	0,9
Ausrüstungen	-1,7	0,6	0,4	-0,2	-0,2	0,3	0,4
Bauten	-0,3	0,3	0,8	0,1	0,0	0,4	0,3
Sonstige	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-1,6	1,3	0,1	-1,4	0,2	0,1	0,0
Außenbeitrag	-2,6	1,3	0,7	1,3	-0,5	-0,1	0,0
Exporte	-6,2	5,5	3,4	1,3	0,7	1,6	2,6
Importe	3,6	-4,2	-2,7	0,0	-1,3	-1,8	-2,7
BIP²	-5,6	4,1	3,6	0,4	0,1	1,5	1,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Lundberg-Komponenten berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise. - ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.- ^pEigene Prognose.

Unternehmens-
investitionen
werden sich
beleben

Die **Unternehmensinvestitionen** litten in diesem Jahr unter der Eintrübung der Erwartungen der Unternehmen. Allerdings ist das Umfeld für die Investitionstätigkeit weiterhin günstig. Die Finanzierungskosten sind niedrig und dürften es bleiben. Nennenswerte Beschränkungen bei der Kreditvergabe sind in Deutschland nicht zu beobachten, und die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft dürfte im Prognosezeitraum steigen. In dem Maße, wie die geopolitischen Unsicherheiten nachlassen, dürften daher die Unternehmen wieder vermehrt investieren, sowohl in Bauten als auch in Ausrüstungsgüter (Tabelle 2).

Kräftigere
Zunahme
der Exporte

Keine Impulse sind dagegen für den Prognosezeitraum von der Außenwirtschaft zu erwarten. Ihr Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion dürfte weiterhin nahe bei null liegen (Tabelle 3). Der Anstieg der **Exporte** hat sich im ersten Halbjahr 2014 zwar beschleunigt, war aber im längerfristigen Vergleich dennoch gering. Das wird er auch vorerst bleiben; hierfür spricht jedenfalls, dass die Exporterwartungen der Unternehmen geradezu eingebrochen sind. Mit der erwarteten Besserung der internationalen Konjunktur dürfte sich die Zunahme der Exporte im Prognosezeitraum beschleunigen, zumal sich auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verbessert hat. Alles in allem erwarten wir eine Zunahme

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

der Ausfuhren (Waren und Dienstleistungen) um 3,6% in diesem und 5,8% im kommenden Jahr.

Die **Importe** wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres stärker ausgeweitet als die Ausfuhren. Die zwischenzeitlich verhaltene Investitionstätigkeit und eine nur langsam steigende Nachfrage nach Vorleistungsgütern in den Exportindustrien dämpfen allerdings auch die Zunahme der Einfuhren. Für den Prognosezeitraum zeichnet sich aber aufgrund der dann wieder beschleunigten Zunahme der Inlands- und der Auslandsnachfrage eine lebhaftere Importtätigkeit ab. Im Jahresdurchschnitt nehmen die Importe (Waren und Dienstleistungen) um 4,4% und 6,7% und damit etwas stärker zu als die Exporte.

Importe
expandieren
weiterhin stärker
als Ausfuhren

Nach dieser Einschätzung wird sich der Konjunkturaufschwung in Deutschland im Prognosezeitraum fortsetzen. Das **Bruttoinlandsprodukt** wird zwar in der zweiten Hälfte wohl etwas langsamer expandieren als das Produktionspotenzial. Im Durchschnitt dieses Jahres dürfte das BIP um 1,5% zunehmen, in erster Linie Dank des hohen statistischen Überhangs aus dem Vorjahr und des kräftigen ersten Quartals (Schaubild 3). Für das kommende Jahr erwarten wir eine im Verlauf beschleunigte Expansion. Dann dürfte auch die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zunehmen. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Zunahme des BIP um 1,8%, wozu auch die höhere Zahl von Arbeitstagen im kommenden Jahr beiträgt (Tabelle 4).

Konjunktur-
aufschwung
setzt sich fort

Tabelle 4

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2012 bis 2015; in %

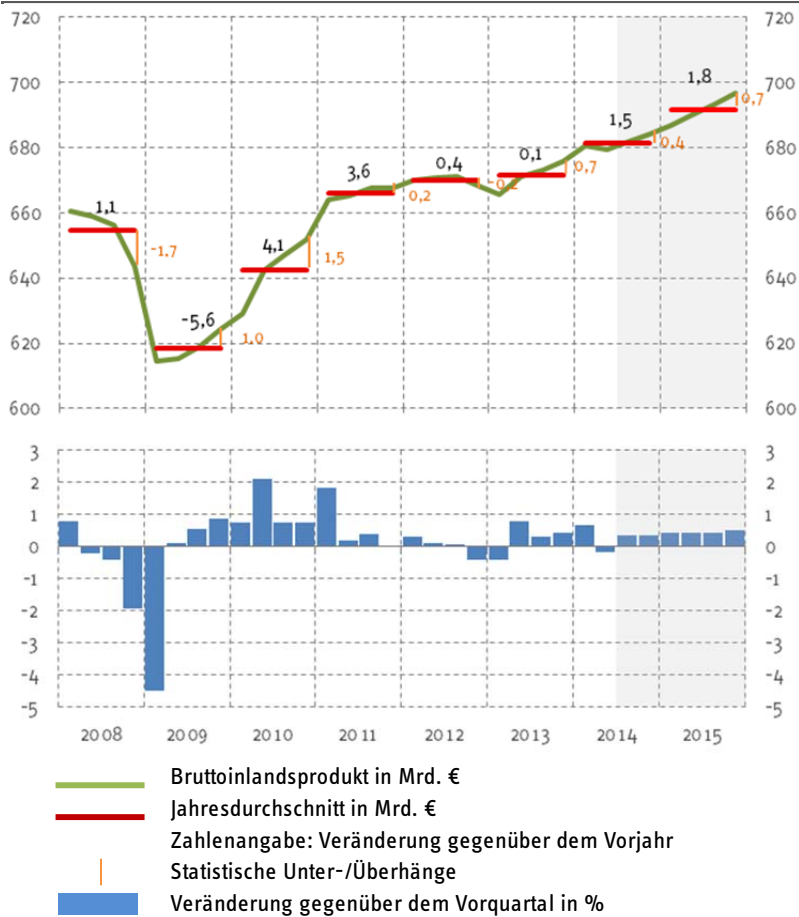
	2012	2013	2014 ^p	2015 ^p
Statistischer Überhang ¹	0,2	-0,2	0,7	0,4
Jahresverlaufsrate ²	0,1	1,1	1,3	1,8
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	0,6	0,2	1,5	1,5
Kalendereffekt ³	-0,2	-0,1	0,0	0,2
Durchschnittliche Veränderung	0,4	0,1	1,5	1,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 3
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2008 bis 2015; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

1.3 Arbeitslosigkeit trotz Beschäftigungsaufbau nur wenig reduziert

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Monaten verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm weiter zu, im zweiten Quartal 2014 saisonbereinigt um 100 000 Personen. Getragen wird der Beschäftigungsaufbau von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, während die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten und der Selbstständigen tendenziell rückläufig ist. Das Arbeitsvo-

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

lumen verringerte sich allerdings geringfügig um 0,1%. Die konjunkturelle Abschwächung im zweiten Quartal wurde also zum Teil durch eine geringere Arbeitszeit je Erwerbstätigen aufgefangen. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung konnten trotz des Beschäftigungsanstiegs erneut nur wenig verringert werden. Vielmehr wurden die zusätzlichen Beschäftigten vorwiegend aus der Stillen Reserve, abzulesen an einer steigenden Erwerbsquote, und unter den Zuwanderern rekrutiert. Die Zahl der Arbeitslosen sank im zweiten Quartal saisonbereinigt um lediglich 19 000.

Beschäftigungs-
aufbau aus
Stiller Reserve
und Zuwanderung

Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Die gemeldete Arbeitskräftenachfrage ist gemessen am Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit im August ausgehend von einem hohen Niveau zum dritten Mal in Folge gestiegen. Auch das ifo-Beschäftigungsbarometer deutet auf eine erhöhte Einstellungsbereitschaft der Unternehmen hin, insbesondere im Dienstleistungssektor.

Maßgeblich für Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit dürfte im Prognosezeitraum erneut die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials sein. Auf der einen Seite reduziert die fortschreitende Alterung der inländischen Bevölkerung das Erwerbspersonenpotenzial. Verstärkt wird dies durch die abschlagsfreie Rente ab 63, die es in der Anfangsphase bis zu 200 000 Beschäftigten pro Jahr ermöglicht, früher aus dem Arbeitsleben auszuschcheiden.⁴ Auf der anderen Seite dürfte Deutschland Wanderungsgewinne verzeichnen, weil die Lage am deutschen Arbeitsmarkt besser ist als in vielen anderen europäischen Ländern und die seit Jahresbeginn 2014 geltende volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber Rumänien und Bulgarien wirkt. Wir gehen für 2014 und 2015 von einem Wanderungssaldo von jeweils 500 000 Personen aus nach 440 000 Personen im Jahr 2013. Potenzial erhöhend wirkt auch die steigende Erwerbsbeteiligung der Inländer. Trotz des negativen demographischen Effekts wird das Erwerbspersonenpotenzial um 180 000 bzw. 120 000 steigen.

Zuwanderung
erhöht
Erwerbspersonen-
potenzial

Die Arbeitsnachfrage gemessen am Arbeitsvolumen dürfte bei der von uns erwarteten Entwicklung der Produktion in diesem Jahr um durchschnittlich 1,1% zunehmen. Im kommenden Jahr wird sie wohl nur um 0,6% steigen. Ihr Anstieg wird gebremst durch die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns. Insbesondere dürfte es zu einem Abbau von Stellen geringfügig Beschäftigter kommen, deren Entlohnung heute noch zu einem großen Teil unter 8,50 € brutto je Stunde liegt und deren Arbeitskosten sich daher überproportional verteuern. Wir gehen daher von einem Rückgang der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung um 85 000

⁴ Dies ist die Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS 2014). Angaben zur Inanspruchnahme der abschlagsfreien Rente ab 63 liegen noch nicht vor.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz

2009 bis 2015; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2009	2010	2011	2012	2013	2014 ^p	2015 ^p
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	56 133	57 013	57 912	57 763	57 608	58 249	58 602
Erwerbstätige Inland	40 892	41 020	41 570	42 033	42 281	42 626	42 823
Erwerbstätige Inländer	40 845	40 983	41 522	41 979	42 226	42 571	42 767
Selbständige	4 485	4 487	4 546	4 544	4 457	4 427	4 429
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	145	154	136	77	27	32	30
Arbeitnehmer	36 407	36 533	37 024	37 489	37 824	38 199	38 394
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27 493	27 757	28 572	29 341	29 713	30 223	30 342
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 905	4 883	4 945	4 981	5 017	4 998	4 913
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	4 945	4 747	4 212	3 927	3 901	3 816	3 814
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	3 415	3 239	2 976	2 897	2 950	2 904	2 900
Aktivierung und berufliche Eingliederung	163	224	161	144	161	154	153
Berufliche Weiterbildung	228	215	178	148	155	159	162
„Ein-Euro-Jobs“	322	306	188	137	111	95	83
Gründungszuschuss	126	144	128	69	19	27	28
Kurzarbeiter	1 144	503	148	112	124	109	109
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter)	5 234	4 915	4 267	3 969	3 949	3 856	3 854
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	8,1	7,7	7,1	6,8	6,9	6,7	6,6
Erwerbslosenquote ⁴	7,3	6,7	5,7	5,2	5,1	4,8	4,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. - ¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. - ²Vollzeitäquivalente. - ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^pEigene Prognose, Angaben gerundet.

aus. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte dagegen in 2015 im Jahresdurchschnitt weiter zunehmen, so dass die Erwerbstätigkeit insgesamt um 0,5% steigen wird nach einem Anstieg um 0,8% in diesem Jahr.

Die unterschiedliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der Arbeitslosigkeit dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Der Anstieg der Beschäftigung wird

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

voraussichtlich weiterhin zum größten Teil aus erhöhter Erwerbsbeteiligung und Wanderungsgewinnen gespeist werden und nur wenig zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte im Jahr 2014 durchschnittlich 47 000 betragen (Tabelle 5). Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen wird somit bei 6,7% liegen. Im kommenden Jahr wird die registrierte Arbeitslosigkeit voraussichtlich nur wenig um 0,1% reduziert werden. Die Arbeitslosenquote wird 6,6% betragen.

Nur geringer
Abbau der
Arbeitslosigkeit

1.4 Inflation bleibt trotz beschleunigtem Lohnanstieg moderat

Der Anstieg der **Löhne** hat sich in diesem Jahr beschleunigt. Im ersten Halbjahr waren die Tariflöhne 3,4% höher als vor einem Jahr; einen ähnlichen Zuwachs hatte es zuletzt 2008 gegeben. Inzwischen liegen für alle wichtigen Bereiche die Tarifabschlüsse vor. Sie lassen für den weiteren Jahresverlauf eine schwächere Lohndynamik erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2014 werden die tariflichen Stundenlöhne voraussichtlich um 3,0% steigen (Tabelle 6). Die Lohndrift dürfte aber negativ sein, so dass die effektiven Stundenlöhne sich lediglich um durchschnittlich 2,1% erhöhen. Die realen Arbeitskosten auf Stundenbasis dürften sich unter diesen Voraussetzungen um 0,1% verteuern.

Tariflöhne
steigen 2014
um 3%

Tabelle 6

Löhne und Lohnkosten

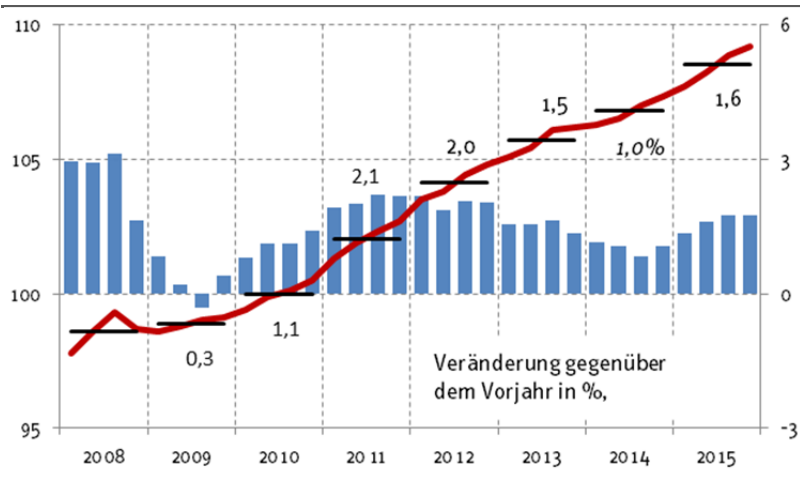
2011 bis 2015; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2011	2012	2013	2014 ^P	2015 ^P
Je Arbeitnehmer					
Tariflöhne	1,8	2,6	2,5	3,0	2,7
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	3,3	2,8	2,1	2,6	3,3
Lohndrift	1,5	0,1	-0,4	-0,4	0,6
Je Stunde					
Tariflöhne	1,8	2,7	2,4	3,0	2,6
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,8	4,0	2,8	2,1	3,1
Lohndrift	1,1	1,3	0,4	-0,9	0,5
Arbeitskosten (nominal)	2,5	3,7	2,6	2,0	3,1
Arbeitskosten (real)	1,3	2,2	0,5	0,1	1,2
Lohnstückkosten (nominal)	0,6	3,3	2,4	1,8	1,9
Lohnstückkosten (real)	-0,5	1,8	0,3	-0,1	0,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Im Inland. - ^PEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 4
Verbraucherpreise in Deutschland
 2008 bis 2015



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Mindestlohn
erhöht 2015
Lohndrift

Im nächsten Jahr wird die Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes die Lohndynamik beeinflussen. Es ist allerdings unklar, in welchem Maß sie sich in den Tariflöhnen niederschlägt und in welchem in der Lohndrift. In der Prognose eingestellt haben wir eine höhere Lohndrift, aufgrund derer die effektiven Stundenlöhne um 3,1% steigen dürften. Da der Mindestlohn insbesondere die Arbeitskosten im Niedriglohnbereich verteuert, in dem die Beschäftigten eine eher kurze Arbeitszeit aufweisen, dürften die Effektivlöhne je Arbeitnehmer sogar um 3,3% steigen. Folglich dürften die realen Arbeitskosten kräftig um 1,2% zunehmen.

Ungeachtet steigender Arbeitskosten hat sich der **Preisaufrieb** in Deutschland in den vergangenen Monaten weiter abgeschwächt. Im August lag die Inflationsrate bei 0,8%. Dieser sehr moderate Preisaufrieb ist jedoch zu einem Gutteil auf zuletzt deutlich gesunkene Energiepreise zurückzuführen. Der endogene Preisaufrieb, gemessen an der Inflation ausschließlich saisonaler Nahrungsmittel- und Energiepreise (Kerninflation), lag mit zuletzt 1,3% etwas höher.

Energiepreise
drücken
Inflation

In den kommenden Monaten dürfte die Inflation gering bleiben. Für den weiteren Prognosezeitraum erwarten wir aber eine Beschleunigung des Preisaufriebs. Vom Ausland kommen dabei ambivalente Impulse. Einerseits werden sich aus dem Euro-Raum importierte Waren allenfalls wenig verteuern. Andererseits dürfte die seit September deutliche Abwertung des Euro Importe von außerhalb des Euro-Raums verteuern. Die leicht steigende Kapazitätsauslastung wird den binnenwirtschaftli-

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

chen Preisauftrieb verstärken. Alles in allem dürfte sich die Inflationsrate von 1,0% in diesem Jahr auf 1,6% im kommenden Jahr erhöhen.

1.5 Günstige Konjunktur führt zu steigenden Haushaltsüberschüssen

Die Finanzlage des Staates hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Im Jahr 2013 konnte der Staat zum zweiten Mal in Folge einen Haushaltsüberschuss erzielen. Dabei verbesserte sich auch der strukturelle Haushaltssaldo; im Jahr 2012 konnte erstmals seit der Wiedervereinigung Deutschlands ein struktureller Finanzierungsüberschuss erzielt werden. Dies war nicht nur den Konsolidierungsbemühungen des Staates zu verdanken, sondern auch den niedrigen Zinsen auf Staatstitel und heimlichen Steuererhöhungen.

Finanzlage des Staates deutlich verbessert

Im Prognosezeitraum dürfte sich die Finanzlage des Staates weiter verbessern. Zwar ist die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet. Hierzu tragen vor allem Leistungsausweitungen der gesetzlichen Rentenversicherung (die Regelungen zur Mütterrente und zur Rente ab 63 sowie zu den Erwerbsminderungsrenten) und die im Koalitionsvertrag beschlossenen Mehrausgaben für Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Verkehrsinfrastruktur bei (Tabelle 7). Auch dürfte der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des kommenden Jahres leicht gesenkt werden, da die Rücklagen wohl erneut ihre gesetzliche Obergrenze erreichen. Leicht restriktiv wirkt die Anhebung des Beitragssatzes der sozialen Pflegeversicherung um 0,3%-Punkte zu Beginn des kommenden Jahres, da er nur teilweise für die Ausweitung von Leistungen bestimmt ist und zu einem Drittel zum Aufbau eines Kapitalstocks verwendet wird. Die durchschnittliche Belastung durch Krankenkassenbeiträge dürfte hingegen leicht sinken.⁵ Alles in allem dürften sich die expansiven Impulse im Vergleich zum Vorjahr in diesem Jahr in Relation zum nominalen BIP auf 0,3% und im kommenden Jahr auf 0,2% belaufen.

Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet ...

Doch gleichen die aus der anziehenden Konjunktur resultierenden Entlastungen, die Mehreinnahmen aus der kalten Progression und die aus dem sehr niedrigen Zinsniveau resultierenden Einsparungen beim Schuldendienst die strukturelle Haushaltsverschlechterung mehr als aus.

... aber Mehreinnahmen aufgrund guter Konjunktur und kalter Progression

⁵ Durch das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ erhalten die Krankenkassen mehr Möglichkeiten, ihre Beiträge selbst zu gestalten. Der einheitliche, ausschließlich von den Mitgliedern zu tragende Sonderbeitrag in Höhe von 0,9% wird zu Beginn des kommenden Jahres abgeschafft und die Kassen können zum Ausgleich der damit verbundenen Einnahmeausfälle kassenindividuelle einkommensabhängige Zusatzbeiträge erheben. Dies dürfte die Anreize verstärken, die Zusatzbeiträge durch effizientes Wirtschaften möglichst gering zu halten.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 7

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen(+) und -belastungen (-) gegenüber 2013 in Mrd. €

	2014	2015
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer	-1,5	-1,7
Anhebung der Tabaksteuersätze	0,2	0,3
Alterseinkünftegesetz	-1,0	-2,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen	0,2	0,4
Einnahmen der Sozialversicherung		
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,3%-Punkte		3,6
Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,1%-Punkte		-1,1
Senkung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung in 2015 um durchschnittlich 0,1%-Punkte		-1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen des Bundes	-0,4	-1,1
Mehrausgaben des Bundes für Kitas, Schulen und Hochschulen	-0,3	-1,3
Förderung der außeruniversitären Forschung		-0,3
Aufstockung der Mittel für die Eingliederung Arbeitssuchender	-0,4	-0,4
Rentenpaket 2014 ³	-4,4	-9,0
Anhebung des Regelsatzes bei Hartz IV zum 1. Januar 2014	-0,5	-0,5
Einführung des Betreuungsgeldes	-0,7	-0,7
Einsparungen im Haushaltsvollzug bei Ländern und Gemeinden	0,6	0,8
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,4	0,5
Beseitigung der Flutschäden	-1,5	0,7
Ausgaben der Sozialversicherung		
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-0,1	-0,8
Ausweitung der Pflegeleistungen (erstes Pflegeverstärkungsgesetz)		-2,4
Insgesamt	-9,4	-16,4
in Relation zum nominalen BIP in %	-0,3	-0,5

Quellen: BMF, Berechnungen und Schätzungen des RWI. - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen. - ²Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen sind auf das Kassenjahr bezogen. - ³Mütterrente, Rente ab 63, Lebensleistungsrente.

Die **Staatseinnahmen**⁶ werden aufgrund der anziehenden Konjunktur im Prognosezeitraum beschleunigt steigen. Sie werden nach 2,6% im Vorjahr in diesem Jahr

⁶ Mit der Umstellung auf ESVG 2010 ändert sich auch die Behandlung des Staatssektors in den VGR. Bedeutsam ist, dass im neuen Kontenrahmen sowohl die Staatseinnahmen als auch die Staatsausgaben höher ausgewiesen werden als im Kontenrahmen der ESVG 1995. Die Bilanzverlängerung beläuft sich beispielsweise im Jahr 2013 bei den Einnahmen auf 24,5 Mrd. € und bei den Ausgaben auf 22,5 Mrd. €.

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

voraussichtlich um 3,3% und im kommenden Jahr um 3,6% zulegen. Dabei wird insbesondere das Steueraufkommen beschleunigt steigen (2014: 3,2%; 2015: 4,2%). Dazu trägt auch bei, dass die gesamtwirtschaftliche Expansion von der Inlandsnachfrage getragen wird und damit steuerergiebig ist. Steuerrechtsänderungen dämpfen hingegen per saldo den Anstieg. Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherungen dürfte aufgrund der beschleunigt steigenden Bruttolöhne und -gehälter in diesem Jahr um 3,3% expandieren, und damit wesentlich stärker als im Vorjahr, in dem die deutliche Reduktion des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Mindereinnahmen führte. Im kommenden Jahr dürften die Beitragseinnahmen mit 3,5% etwas stärker zunehmen. Neben der weiter steigenden Lohnsumme tragen dazu auch die per saldo etwas höheren Beitragssätze bei.

Steueraufkommen steigt beschleunigt

Die **Staatsausgaben** werden zwar auch merklich ausgeweitet, doch bleibt ihr Anstieg hinter dem der Einnahmen zurück. Sie werden in diesem Jahr voraussichtlich mit 2,9% und im kommenden um 3,5% zunehmen. Treibende Kräfte sind dabei die sozialen Sachleistungen und die monetären Sozialleistungen. Erstere werden aufgrund des Auslaufens der Rabattverträge für Arzneimittel wohl kräftig zunehmen und im kommenden Jahr durch die Ausweitung der Leistungen der Pflegeversicherung einen Schub erhalten. Die monetären Sozialleistungen steigen in diesem Jahr verstärkt, weil die gesetzlichen Renten zum 1. Juli spürbar angehoben⁷ und die Leistungen der Rentenversicherung – insbesondere bei der Mütterrente und mit der Einführung der Rente ab 63 – deutlich ausgeweitet wurden. Für das kommende Jahr lässt die gegenwärtige Lohnentwicklung erneut eine deutliche Rentenanhebung erwarten. Auch die staatlichen Bruttoinvestitionen werden voraussichtlich beschleunigt zulegen. Neben der verbesserten Finanzlage vieler Kommunen trägt dazu auch bei, dass der Bund seine investiven Ausgaben zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und zur Städtebauförderung aufstocken und die Zuweisungen an Länder und Gemeinden steigern wird, um diese bei der Finanzierung von Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen zu entlasten. Aufgrund von Planungs- und Implementierungsproblemen werden davon aber wohl erst 2015 nennenswerte Impulse ausgehen. Weiterhin sinken werden im Prognosezeitraum die Zinsausgaben. Zum einen profitiert der Staat bei der Refinanzierung fälliger Schuldtitel weiterhin von dem sehr niedrigen Zinsniveau, wenn dieser Effekt 2015 auch allmählich auslaufen dürfte. Zum anderen verringern sich die Verbindlichkeiten der Abwicklungsanstalten und die daraus resultierenden Zinslasten weiter.

Staatsausgaben steigen langsamer als -einnahmen

⁷ Die Renten wurden in Westdeutschland um 1,67% und in Ostdeutschland um 2,53% angehoben. Die höhere Rentenanpassung im Osten resultiert zum einen daraus, dass die Lohnentwicklung, an der sich die Rentenanpassung orientiert, im Osten höher ausfiel. Zum anderen wurden im Westen letztmalig nicht vorgenommene Rentenkürzungen durch einen Abschlag vom Rentenplus ausgeglichen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 8
Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹
 1991 bis 2015; in % des nominalen BIP

	Staatseinnahmen darunter:			Staatsausgaben darunter:			Brutto- investitionen	Finanzie- rungs- saldo
	Insgesamt	Steuern	Sozial- beiträge	Insgesamt	Monetäre Sozial- leistungen	Zins- ausgaben		
1991	43,2	22,0	16,3	46,0	14,9	2,6	3,2	-2,8
1992	44,6	22,4	16,7	47,0	15,6	3,1	3,3	-2,5
1993	44,9	22,3	17,2	47,8	16,6	3,1	3,1	-3,0
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	16,8	3,2	2,9	-2,4
1995	45,3	22,0	18,1	54,6	17,2	3,4	2,6	-9,3
1996	45,4	21,8	18,7	48,8	18,0	3,4	2,5	-3,4
1997	45,2	21,5	19,0	48,0	18,0	3,3	2,3	-2,8
1998	45,2	22,0	18,7	47,6	17,7	3,3	2,3	-2,4
1999	46,1	23,0	18,5	47,6	18,0	3,0	2,3	-1,5
2000	45,7	23,2	18,1	44,7	17,5	3,1	2,3	1,0
2001	43,8	21,5	17,8	46,9	17,6	3,0	2,3	-3,1
2002	43,4	21,0	17,9	47,3	18,0	3,0	2,2	-3,9
2003	43,7	21,1	18,1	47,8	18,4	2,9	2,1	-4,1
2004	42,6	20,6	17,7	46,3	18,1	2,8	2,0	-3,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,1	17,9	2,8	1,9	-3,3
2006	43,0	21,6	16,9	44,6	17,1	2,7	1,9	-1,5
2007	43,1	22,4	16,1	42,7	16,0	2,7	1,9	0,3
2008	43,5	22,7	16,1	43,5	15,8	2,7	2,0	0,0
2009	44,4	22,4	16,9	47,4	17,4	2,6	2,3	-3,0
2010	43,1	21,4	16,5	47,1	16,7	2,5	2,3	-4,0
2011	43,7	22,0	16,4	44,5	15,7	2,5	2,2	-0,8
2012	44,3	22,5	16,5	44,1	15,6	2,3	2,2	0,1
2013	44,4	22,7	16,6	44,2	15,7	2,0	2,2	0,3
2014	44,4	22,7	16,5	44,0	15,6	1,8	2,3	0,4
2015	44,4	22,8	16,5	44,0	15,6	1,7	2,3	0,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Der staatliche **Budgetüberschuss** dürfte im laufenden Jahr von 7 Mrd. Euro auf 12 Mrd. Euro bzw. in Relation zum nominalen BIP von 0,3% auf 0,4% steigen (Tabelle 8); im kommenden Jahr ist mit einem Anstieg auf reichlich 13 Mrd. Euro (0,4% des BIP) zu rechnen. In Verbindung mit dem fortgesetzten Portfolioabbau bei den staatlichen Abwicklungsanstalten und dem Wachstum des nominalen BIP dürfte damit die Staatsschuldenquote von 76,4% im vergangenen Jahr auf rund 71% im

1. Prognose der deutschen Wirtschaft

kommenden Jahr sinken.⁸ Sie wird damit zwar immer noch über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages liegen, sich diesem aber weiter annähern.

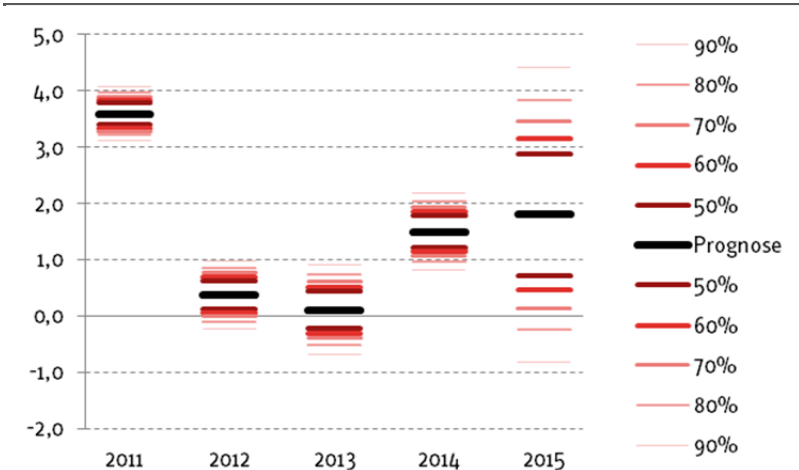
1.6 Unsicherheiten und Risiken

Die vorliegende Prognose stellt die von uns für am wahrscheinlichsten gehaltene Entwicklung der deutschen Wirtschaft in diesem und im kommenden Jahr dar. Wie jede in die Zukunft gerichtete Aussage ist sie mit Unsicherheit behaftet. Diese versuchen wir anhand von Prognoseintervallen zu verdeutlichen, die aus den Fehlern früherer Vorhersagen abgeleitet sind. Für das Jahr 2014 ist dieses Intervall bereits recht schmal. Das 50%-Intervall umfasst den Bereich eines Zuwachs des BIP zwischen 1,2% und 1,8%. Es ist ähnlich breit wie das Revisionsintervall für das zurückliegende Jahr, für das die Daten noch beträchtlich revidiert werden können. Für 2015 ist die Unsicherheit naturgemäß erheblich größer. Das 50%-Prognoseintervall beginnt bei 0,7% und endet bei 2,9%.

Prognoseintervall
für 2015
noch weit

Schaubild 5

Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP
2011 bis 2015; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Bis 2013: Revisionsintervall, berechnet aus den Revisionen der Jahre 1992 bis 2010, ohne Berücksichtigung der Auswirkungen der Generalrevision 2014. 2014 und 2015: Prognoseintervalle abgeleitet aus den Prognosefehlern der Jahre 1991 bis 2013. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. (2007): 44-45; (2010): 60-61 und Fußnote 10; Döhrn et al. (2011b): 65.

⁸ Dabei ist unterstellt, dass die Portfolios der FMS Wertmanagement und die Erste Abwicklungsanstalt zusammen genommen sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr 0,9% des BIP abschmelzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Neben dieser allgemeinen Unsicherheit, die sich aus Fehlern in den Annahmen der Prognose, Ungenauigkeiten in den Daten und der Unsicherheit über die Reaktionsweise der Wirtschaftssubjekte ergibt, bestehen auch in dieser Prognose spezifische Risiken. Eines resultiert aus der unsicheren geopolitischen Lage, insbesondere dem Konflikt um die Ukraine. Gerade für eine exportorientierte Wirtschaft stellen solche Krisen ein Problem dar, zumal wenn wie in diesem Fall mit Russland ein wichtiger Handelspartner involviert ist. Verschärft sich dieser Konflikt, so ist ein Einfluss auf die deutsche Konjunktur über drei Kanäle denkbar: Erstens über den Export, wenn z.B. die Handelssanktionen ausgeweitet werden, zweitens über die Investitionen, wenn z.B. der Standort Deutschland aufgrund des Konflikts für Unternehmen weniger attraktiv erscheint, und drittens über den Preis für Erdöl und Erdgas, wenn diese Rohstoffe zur „Waffe“ in den Handelsauseinandersetzungen werden. Dabei könnte die Reaktion des Ölmarktes durch die unsichere Lage im Irak und in Libyen verstärkt werden. Andererseits dürften die wachsende Erdölförderung in den USA und reichlich freie Kapazitäten in Saudi-Arabien das Ausmaß eines solchen Preisschocks begrenzen.

Risiken durch
Ukraine Krise

Die Auswirkungen solcher Entwicklungen lassen sich schwer abschätzen, weil gravierende Änderungen der internationalen Rahmenbedingungen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Parameter der Modelle verändern werden, mit denen man Simulationen von Schocks der beschriebenen Art durchführt. Um dennoch eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie der Ukraine-Konflikt die deutsche Wirtschaft beeinflussen könnte, haben wir mit dem RWI-Konjunkturmodell ein Szenario durchgerechnet, dessen Schocks innerhalb des Erfahrungsbereichs des Modells liegen. Im Einzelnen wurde unterstellt, dass sich Rohöl gegenüber der Grundannahme dieser Prognose um 10 \$ je barrel verteuert und dass die deutschen Exporte um 10 Mrd. € sinken.⁹ Beide Modellstörungen wirken sich negativ auf die Investitionstätigkeit aus. Um einen zusätzlichen Schock auf die Investitionen durch den Ukraine-Konflikt zu simulieren, wurde der sich aus dem Modell ergebende Effekt auf die Investitionen verdoppelt. Alle Störungen wurden so in das Modell implementiert, dass sie ab Jahresbeginn 2015 wirken.

Verschärfung
des Konflikts
könnte Expansion
deutlich dämpfen

Danach würde das BIP im Jahr 2015 mit einer Rate expandieren, die um 0,4%-Punkte unter der in diesem Bericht prognostizierten läge. Die Zahl der Erwerbstätigen wäre im Jahr der Störung 23 000 Personen niedriger, und – da der Arbeitsmarkt mit verzögerung reagiert – im Folgejahr sogar um 55 000 Personen.

⁹ Im Jahr 2013 machten die deutschen Exporte nach Russland rund 36 Mrd. € aus. Sie sind im Verlauf dieses Jahres bereits deutlich gesunken. Ein Minus von weiteren 10 Mrd. € entspräche überschlägig einem Rückgang um ein weiteres Drittel.

2. Zur Wirtschaftspolitik

Selbst ein bezüglich der Schwere der Störungen begrenzter, aber lang anhaltender Konflikt könnte also beträchtliche Wirkungen auf die deutsche Konjunktur haben.

2. Zur Wirtschaftspolitik

Nach den wieder günstigeren Wirtschaftsindikatoren der vergangenen Wochen kristallisiert sich heraus, dass die deutsche Wirtschaft entgegen mancher Befürchtungen nicht in eine Rezession gefallen ist. Der Aufschwung dürfte sich unserer Einschätzung nach im Prognosezeitraum fortsetzen. Die im EU-Vergleich weiterhin deutliche Zunahme des BIP hat hierzulande zu einer gewissen Selbstzufriedenheit geführt. Diese wird dadurch verstärkt, dass die Arbeitslosigkeit sowohl im europäischen Vergleich als auch gemessen an den deutschen Erfahrungen seit der Wiedervereinigung niedrig ist und dass der Staatshaushalt in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge einen Überschuss aufweisen dürfte.

Expansion in
Deutschland war
zuletzt
bescheiden

Dabei wird allzu leicht übersehen, dass die deutsche Wirtschaft zwischen 2007 und 2013 gerade einmal mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von reichlich 0,5% gewachsen ist. Selbst wenn man nur die Jahre ab 2010 betrachtet, also die Zeit nach der großen Rezession, beträgt der durchschnittliche Zuwachs lediglich knapp 1,5% pro Jahr. Dies liegt nur leicht oberhalb des Potenzialwachstums, und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind leicht unterausgelastet. Von einer Hochkonjunktur hierzulande, wie man manchmal hört, kann also keineswegs die Rede sein. Vielmehr könnte man mehr für das Wachstum tun.

Auch die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt und bei den Staatsfinanzen sind zu relativieren. Zum einen wird der Arbeitsmarkt durch ein rückläufiges Erwerbspersonenpotenzial der Inländer entlastet; das IAB schätzt diesen Effekt für 2014 auf 300 000 Personen (Fuchs et al. 2014). Zum anderen erweist sich angesichts des unverminderten Beschäftigungsaufbaus die Arbeitslosigkeit als recht hartnäckig. Insbesondere die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinkt kaum, und neue Arbeitskräfte kommen in hohem Maße aus der Stillen Reserve und aus dem Kreis der Zuwanderer. Dies weist auf eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit hin. Der ausgeglichene Staatshaushalt ist nicht nur Einsparbemühungen zu verdanken, sondern auch auf das ungewöhnlich niedrige Zinsniveau, das die Finanzierung der Staatsschulden erheblich verbilligte, und auf heimliche Steuererhöhungen zurückzuführen, die dem Staat derzeit zusätzliche Steuereinnahmen von durchschnittlich 3,8 Mrd. € pro Jahr bringen (Breidenbach et al. 2014).

Gute Staats-
finanzen und
Arbeitsmarktlage
auch aufgrund von
Sonderfaktoren

Die Wirtschaftspolitik ist derzeit aber eher darauf ausgerichtet, Vorhandenes umzuverteilen, als darauf, die Wachstumskräfte zu stärken. Zur Finanzierung der

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Wirtschafts-
politik stärkt
Umverteilung

Mütterrente und der abschlagsfreien Rente ab 63 wurde nicht nur auf eine in diesem Jahr mögliche Kürzung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung verzichtet, sondern es wurden auch die Ausgangsbedingungen für die Rentenversicherung in den kommenden Jahren verschlechtert, in denen der Rentenbeitrag aus demografischen Gründen ohnehin steigen dürfte. Überdies reduziert die abschlagsfreie Rente ab 63 das Erwerbspersonenpotenzial und wirkt schon allein deshalb negativ auf das Wachstum. Dies gilt umso mehr, als von ihr insbesondere gut qualifizierte Facharbeiter profitieren, da nur sie in der Regel die Voraussetzungen für eine Inanspruchnahme des vorgezogenen Altersruhestands erfüllen. Auch der ab 2015 geltende flächendeckende Mindestlohn reduziert tendenziell das Erwerbspersonenpotenzial, während die erhofften positiven Wirkungen auf die Nachfrage und die dadurch generierten Multiplikatoreffekte, wenn überhaupt vorhanden, dann aller Voraussicht nach gering sein dürften (Döhrn 2014).

Europäische
Forderungen
nach expansiver
Finanzpolitik

Angesichts der schwachen konjunkturellen Entwicklung im Euro-Raum hat die EZB in den vergangenen Monaten verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die aggregierte Nachfrage anzukurbeln und so die Inflation wieder in Einklang mit dem Zielwert zu bringen. Der Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt mit 0,05% nur noch knapp über der Nullzinsschranke, die konventionelle Zinspolitik kann somit kaum weitere Impulse setzen. Wohl auch deshalb gingen die letzten Zinssenkungen mit der Ankündigung zusätzlicher unkonventioneller Maßnahmen einher. Inwieweit Ankaufprogramme von Wertpapieren jedoch geeignet sind, deutliche konjunkturelle Impulse zu generieren, bleibt umstritten. Wohl auch deshalb werden aus dem europäischen Umfeld Forderungen lauter, die Finanzpolitik müsse expansiver werden, insbesondere in Ländern, die es „sich leisten können“. Vor allem Deutschland müsse mehr für das Wachstum tun. Allerdings ist oft nicht klar, ob dabei Wachstum in Sinne einer Beeinflussung des Potenzialpfades oder lediglich eine Konjunkturstimulierung gemeint ist.

Ein Vorschlag lautet, insbesondere die deutsche Regierung müsse die niedrigen Zinsen nutzen, um kreditfinanzierte Investitionsprogramme aufzulegen (De Grauwe 2014, Ernst 2014). Damit würde die Nachfrage angeschoben und langfristig das Wachstumspotenzial angehoben.¹⁰ Dass Investitionsbedarf in Deutschland besteht,

¹⁰ De Grauwe (2014) argumentiert damit, der Anteil öffentlicher Investitionen sei in Deutschland mit 1,6% in Relation zum BIP im Jahr 2013 im europäischen Vergleich niedrig. Nach der Revision der VGR liegt der Anteil bei 2,1%. Dies zeigt, wie stark die öffentliche Investitionen von der Buchungspraxis militärischer Güter in den VGR abhängen, die sich bisher zwischen den Ländern unterschied. Dies ändert freilich nichts daran, dass der öffentliche Kapitalstock in Deutschland sinkt, was einen erhöhten Investitionsbedarf indiziert.

2. Zur Wirtschaftspolitik

mag noch Konsens sein. Ob auf Nachfragestimulierung ausgerichtete Programme aber das richtige Mittel sind, um das Wachstum zu steigern, ist zu bezweifeln. Dies legen jedenfalls die Erfahrungen mit dem deutschen Konjunkturpaket nahe. Um kurzfristig Nachfrageeffekte zu erzielen, wurden die Mittel möglichst breit gestreut,¹¹ und Infrastrukturprojekte, bei denen das Wachstum fördernde Effekte noch am ehesten zu vermuten sind, die aber einen langen Vorlauf benötigen, wurden durch das Programm allenfalls in geringem Umfang gefördert. Und selbst unter diesen Voraussetzungen wurde der Großteil der Mittel erst zwei Jahre nach dem Start des Programms abgerufen (Barabas et al. 2011). Dies alles mit Blick auf die niedrigen Zinsen durch höhere staatliche Defizite zu finanzieren, ist ohnehin kurzfristig gedacht, weil so der Schuldenstand des Staates steigt, und diese höheren Schulden bei künftig wieder steigenden Zinsen zu höheren Zinszahlungen führen, was die Spielräume in den öffentlichen Haushalten einengt.

Eine andere Forderung lautet, in Deutschland müssten die Löhne stärker steigen, um die Nachfrage zu stimulieren. Wenn Löhne stärker steigen, weil sich die Knappheitsrelationen am Arbeitsmarkt ändern, ist dies ein marktwirtschaftlicher Anpassungsprozess, gegen den nichts einzuwenden ist. Der steilere Anstieg der Tariflöhne in Deutschland in den vergangenen Jahren dürfte angesichts der demografischen Entwicklung zu einem Gutteil einen solchen Anpassungsprozess reflektieren. Darüber hinaus höhere Löhne herbeizureden oder gar durch staatliche Maßnahmen herbeizuführen, würde sich auf das Wachstum negativ auswirken, weil Personen mit geringer Produktivität aus dem Arbeitsmarkt gedrängt würden. Und die Nachfragewirkungen sind aufgrund drohender Beschäftigungsverluste, aber auch aufgrund unternehmerischer Anpassungsprozesse bei Lohnzusatzleistungen oder Produktivität ungewiss.

Auf eine kurzfristige Stimulierung der Nachfrage in Deutschland ausgerichtete Maßnahmen würden aller Erfahrung nach in der gegenwärtigen Situation wenig bringen – weder für die deutsche Konjunktur noch für den Rest des Euro-Raums. Erforderlich ist in Deutschland eine Politik, die die Wachstumskräfte stärkt. Diese würde nicht nur das Land besser auf die Herausforderungen des demografischen Wandels vorbereiten, sondern letztlich auch dem Euro-Raum zu einer kräftigeren Expansion verhelfen. Dort würden Impulse seitens Deutschlands ohnehin nur eine kurzfristige Erleichterung bringen, und können Strukturreformen, die Verkrustungen in der Wirtschaft lösen, ohnehin nicht ersetzen.

Übermäßiger
Lohnanstieg
dämpft
Wachstum

Kurzfristige
Nachfrage-
stimulierung in
Deutschland würde
Euro-Raum wenig
helfen

¹¹ Gegen eine breite regionale Streuung von staatlichen Investitionsprogrammen spricht mit Blick auf das Wirtschaftswachstum auch, dass in Teilen Deutschlands aus demografischen Gründen eher ein Rückbau der Infrastruktur auf der Agenda stehen sollte.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

2.1 Unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen an der Nullzinsschranke

Seit März dieses Jahres hat die Europäische Zentralbank (EZB) eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um den Expansionsgrad ihrer Politik weiter zu erhöhen. Der Hauptrefinanzierungssatz wurde in zwei Schritten um insgesamt 20 Basispunkte auf 0,05% gesenkt. Die Zinsen für die Einlagefazilität liegen derzeit um 25 Basispunkte unter und die für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 25 Basispunkte über dem Hauptrefinanzierungssatz. Seit Juni gilt damit erstmals in der Geschichte der EZB ein negativer Zinssatz für Einlagen bei der Zentralbank.¹² Ferner wurden im Juni ein Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) sowie gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) angekündigt und im September ein Programm zum Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (CBPP3).

EZB beschließt
weitere
unkonventionelle
Maßnahmen

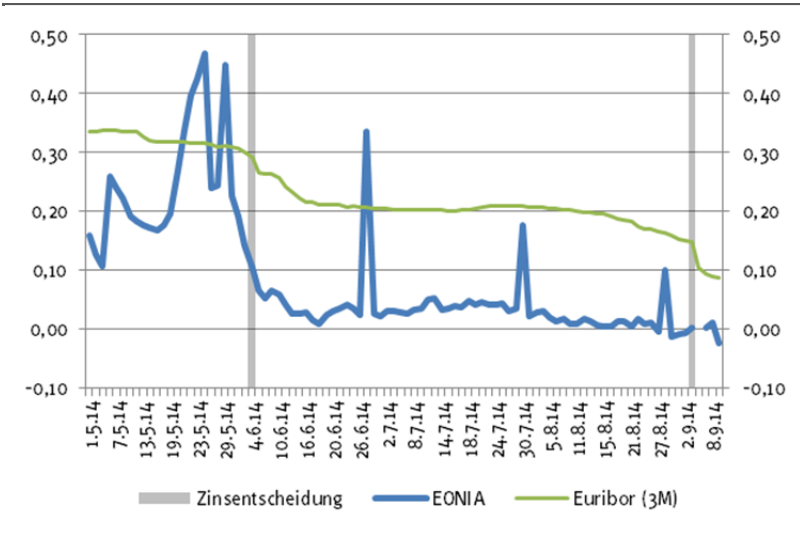
- fi** Das GLRG ähnelt dem *Funding for Lending* der *Bank of England*. Es soll den Banken Liquidität bereitstellen, um so die Kreditvergabe im Euro-Raum anzuregen. In einer ersten Stufe können die Banken Liquidität im Volumen von bis zu 7% ihres jeweiligen Kreditvolumens an private Haushalte und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zum 30.4.2014 abrufen. Ab März 2015 werden zusätzlich in vierteljährlichem Rhythmus sechs Tender angeboten, bei denen sich das Volumen, welches eine Bank maximal aufnehmen darf, nach der Kreditvergabe an den nichtfinanziellen privaten Sektor seit dem 30.4.2014 richtet. Fälligkeit der GLRGs ist September 2018.
- fi** Im Rahmen des ABSPP beabsichtigt das Eurosystem den Ankauf von *Asset-Backed Securities* (ABS), genauer der Tranche höchster Bonität beziehungsweise mittlerer Bonität bei Vorliegen einer Garantie. Im Gegensatz zu den GLRG sind mit Immobilien besicherte Forderungen vom ABSPP nicht ausgeschlossen. Zum Volumen des Programms hat sich die EZB noch nicht geäußert.
- fi** Im Rahmen des CBPP3 beabsichtigt das Eurosystem, gedeckte Schuldverschreibungen zu erwerben, die von im Euro-Raum ansässigen Banken begeben wurden. Auch hier wurden die beabsichtigten Volumina bisher nicht genannt.

Begründet wurde die Lockerung der geldpolitischen Ausrichtung mit der weiterhin sehr schwachen konjunkturellen Entwicklung im Euro-Raum. Die Inflation im Euro-Raum lag im August mit 0,3% deutlich unterhalb des Inflationsziels von knapp unter 2%. Allerdings spiegeln sich hierin zu einem nicht unerheblichen Teil die

¹² Der negative Zinssatz gilt für Überschussreserven insgesamt, d.h. sowohl für Einlagen im Rahmen der Einlagefazilität als auch für die die Mindestreserve übersteigenden Guthaben der Banken auf Girokonten bei der Zentralbank.

2. Zur Wirtschaftspolitik

Schaubild 6
Zinsen am Geldmarkt
2014; in %, Tageswerte



Nach Angaben der Europäischen Zentralbank und des EEBF

zuletzt deutlich gesunkenen Preise für Rohöl wieder. Die Kerninflation, die den endogenen Preisauftrieb besser beschreibt, lag zwar mit 0,9% etwas höher, ist aber immer noch deutlich unter dem Ziel der EZB. Zugleich sind die Inflationserwartungen, gemessen als Differenz inflationsgesicherter und -ungesicherter Anleihen, seit Anfang des Jahres leicht zurückgegangen.

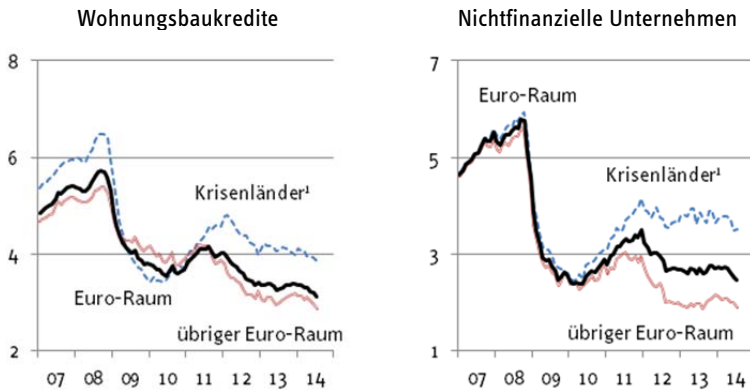
Vor diesem Hintergrund kann man eine expansivere Ausrichtung der Geldpolitik durchaus rechtfertigen. Ob allerdings die beschlossenen Maßnahmen hinreichend oder zielführend sind, kann durchaus hinterfragt werden. Der geldpolitische Impuls durch die Senkung des Leitzinses dürfte bei einer Senkung um insgesamt 20 Basispunkte begrenzt sein. Inflation und Inflationserwartungen sind im gleichen Zeitraum sogar etwas stärker zurückgegangen, was die Wirkungen der Zinssenkung auf den Realzins konterkariert. Am Geldmarkt scheint die Zinssenkung jedoch zu einem leichten Rückgang der Zinsen geführt zu haben (Schaubild 6).

Die unkonventionellen Maßnahmen wurden bisher stets mit Störungen im Transmissionsprozess begründet. Aufgrund von Friktionen in den Bankensystemen einiger Länder wird das niedrige Leitzinsniveau dort nur unzureichend an die Realwirtschaft weitergegeben. In der Tat sind insbesondere in den Krisenländern die Zins-

Leichter
Rückgang der
Zinsen am
Geldmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 7
Kreditzinsen im Euro-Raum
2007 bis 2014



Nach Angaben der EZB. Nach Beständen gewichtete Zinsen im Neugeschäft. - ¹Spanien, Griechenland, Italien, Irland und Portugal.

kosten für Haushalte und Unternehmen nach wie vor deutlich höher als im übrigen Euro-Raum (Schaubild 7). Allerdings sind solche Unterschiede nicht notwendigerweise ausschließlich Ausdruck von Friktionen im Bankensystem. Als maßgebliche Ursache dieser Friktionen hatte die EZB (2012) die deutlichen Unterschiede in den Renditen von Staatsanleihen ausgemacht, da diese als Referenz für die Verzinsung von Krediten an Unternehmen und private Haushalte dienen. Die Renditeabstände zwischen Staatsanleihen der Länder des Euro-Raums haben sich aber in den vergangenen Monaten weiter leicht zurückgebildet. Dies legt nahe, dass die Unterschiede in den Finanzierungskosten auch andere Ursachen haben können. So könnten sich auch die Bonität der Schuldner oder die Marktmacht der Banken unterscheiden. In solchen Fällen wäre die Geldpolitik jedoch das falsche Instrument.

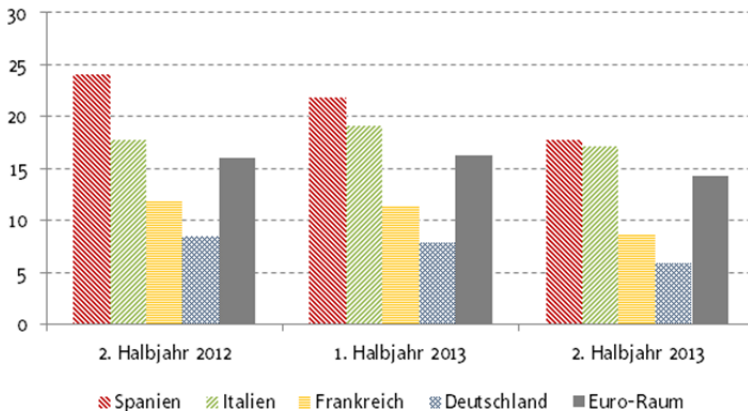
Hinzu kommt, dass sich die konjunkturellen Akzente im Euro-Raum in den vergangenen Monaten leicht verschoben haben. Insbesondere in Spanien, welches durch das Platzen der Immobilienblase besonders stark in die Rezession geschlittert ist, ist mittlerweile eine recht robuste Belebung zu beobachten. Auf der anderen Seite hat Frankreich, was bisher kaum auf strukturelle Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gesetzt hat, zunehmend mit einer erneuten Abkühlung der konjunkturellen Lage zu kämpfen.

Dies wirft die Frage auf, inwieweit die von der EZB beschlossenen unkonventionellen Maßnahmen weiterhelfen. Der Zugang zu Finanzierungsmittel scheint für

Wirksamkeit der
unkonventionellen
Maßnahmen
zweifelhaft

2. Zur Wirtschaftspolitik

Schaubild 8
Behinderung der Unternehmen durch fehlenden Zugang zu Krediten¹
2012 bis 2013



Nach Angaben der EZB. Euro-Raum insgesamt: Nur kleine und mittlere Unternehmen. – 1Anteil der Unternehmen, die in der Umfrage der EZB und der Europäischen Kommission unter Unternehmen zum Zugang zu Finanzierungsmitteln (SAFE) den Zugang zu Finanzierungsmitteln als dringlichstes Problem bezeichnen.

Unternehmen zunehmend von sekundärer Bedeutung. Dies zeigt die Umfrage der EZB und der Europäischen Kommission unter Unternehmen zum Zugang zu Finanzierungsmitteln (SAFE). Im zweiten Halbjahr 2012 hatten noch 16% der Unternehmen angegeben, der Zugang zur Finanzierung sei ihr dringlichstes Problem (Schaubild 8). In der aktuellen Umfrage waren dies nur noch 14%. Insbesondere in Spanien ging der Anteil deutlich um 6%-Punkte zurück. In Frankreich, wo sich die Konjunktur deutlich abgekühlt hat, ist der Zugang zur Finanzierung ein nachrangiges Problem.

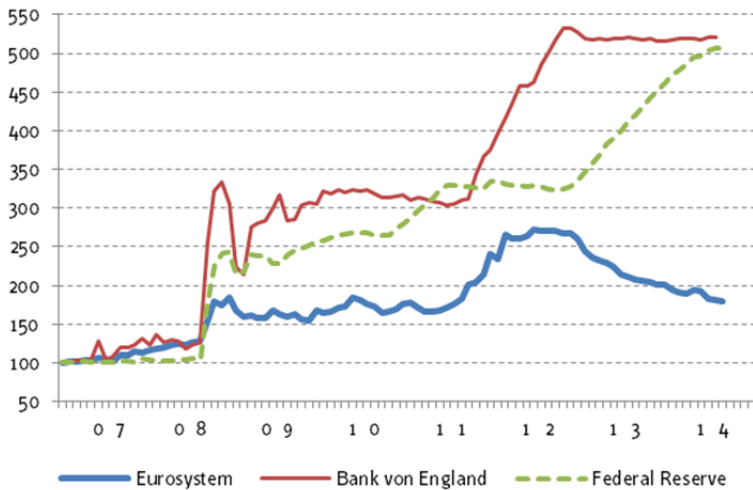
Insofern stellt sich die Frage, inwieweit geldpolitische Maßnahmen, welche gezielt die Kreditvergabe in bestimmten Sektoren zum Ziel haben, das richtige Instrument sind, oder nicht vielmehr die Sanierung der Bankensysteme in manchen Ländern das vorrangige Problem darstellt. Dies ist aber nicht Aufgabe der Geldpolitik.

Wohl auch deshalb hat die EZB bei der Begründung der Programme neben dem Abbau von Friktionen im Bankensystem auch explizit die Verlängerung der Zentralbankbilanz als Ziel genannt - die Zentralbankbilanz soll auf das Niveau des Jahresbeginns 2012 ausgeweitet werden - und klargestellt, dass die Programme auch als Form der quantitativen Lockerung zu verstehen seien (EZB 2014). In der Tat wurde

Probleme beim Zugang zur Finanzierung werden geringer

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 9
Bilanzsumme ausgewählter Zentralbanken
2007 bis 2014; Januar 2007 = 100



Eigene Berechnungen nach Angaben der EZB, der Bank of England und der Federal Reserve

die Bilanzsumme der EZB trotz Leitzinsen an der Nullzinsschranke seit Ausbruch der Finanzkrise deutlich weniger ausgeweitet als die anderer Zentralbanken in fortgeschrittenen Volkswirtschaften (Schaubild 9).

Allerdings ist die Wirksamkeit einer quantitativen Lockerung durchaus umstritten. Wenn die Zinsen nahe Null sind, werden kurz laufende sichere Staatsanleihen und Geld perfekte Substitute. Da Individuen dann aber indifferent sind zwischen dem Halten von Geld und Staatsanleihen, dürfte eine Ausweitung der Zentralbankbilanz durch den Ankauf sicherer Staatsanleihen einen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zur Folge haben. Sollte die Zentralbank jedoch Papiere mit längeren Laufzeiten oder mit höherem Risiko erwerben, könnten Friktionen an den Anleihenmärkten dazu führen, dass die quantitative Lockerung eine Veränderung der Portfolios privater Investoren bewirkt und auf diesem Wege konjunkturelle Impulse setzen kann.

Die empirische Relevanz dieses *portfolio balance channel* ist allerdings umstritten. Während Gagnon et al. (2011) in ihrer Bewertung der Anleihekäufe durch die Fed zu dem Schluss kommen, dass diese die langfristigen Zinsen über diesen Portfolio-Kanal gesenkt haben, führen Bauer und Rudebusch (2013) die Zinseffekte auf einen Signaleffekt zurück. Dieser Interpretation nach deuten Anleihekäufe darauf hin,

2. Zur Wirtschaftspolitik

dass die Zentralbank bereit ist, die kurzfristigen Zinsen länger auf niedrigem Niveau zu belassen, was sich dann in einem Rückgang der Zinsen längerer Fristigkeiten widerspiegelt. Aufgrund der unklaren Wirkung von Anleihekäufen erscheint eine Geldpolitik, welche im Rahmen regelgebundener Erwartungslenkung das Zinsniveau für einen längeren Zeitraum niedrig hält deutlich transparenter. Dieses Vorgehen hat auch den Vorteil, dass die Zentralbankbilanz nicht mit Papieren potenziell mindere Qualität aufgebläht wird, welches eine Gefahr massiver Wertpapierkäufe darstellt.

Wirkung von
Anleihekäufen
ist unklar

Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass die EZB im Rahmen der angekündigten Programme ihre Bilanz deutlich aufblähen und das Leitzinsniveau bis zum Ende des Prognosezeitraums unverändert lassen wird. Der konjunkturelle Impuls hierdurch dürfte jedoch beschränkt bleiben. Da die Effektivität unkonventioneller Maßnahmen durchaus umstritten ist, sollten strukturelle Reformen zur Erhöhung des Wachstumspotentials im Euro-Raum zügig angegangen werden, auch um der Zentralbank durch Erhöhung des neutralen nominalen Zinses wieder Handlungsspielraum bei der konventionellen Zinspolitik einzuräumen.

2.2 Wachstumskräfte durch qualitative Konsolidierung stärken

Die Finanzlage des Staates hat sich in den vergangenen Jahren spürbar entspannt und dürfte sich im Prognosezeitraum weiter verbessern. Zwar ist die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet, doch gleichen die konjunkturbedingten Entlastungen, die aus dem sehr niedrigen Zinsniveau resultierenden Einsparungen beim Schuldendienst und die Mehreinnahmen aus der kalten Progression die strukturelle Haushaltsverschlechterung mehr als aus.

Die sich weiter bessernde Finanzlage ist zu begrüßen. Die Überschüsse werden nach den üblichen Konjunkturbereinigungsverfahren der strukturellen Komponente zugerechnet, da die Produktionslücke wohl bis zum Ende des Prognosezeitraums leicht negativ sein wird. Die Haushaltsüberschüsse verdecken aber den immer noch bestehenden Konsolidierungsbedarf, denn sie sind auch Sonderfaktoren zu verdanken, die mittelfristig keinen Bestand haben. So profitieren die öffentlichen Haushalte bereits seit geraumer Zeit bei der Refinanzierung ihrer Schulden von äußerst günstigen Konditionen. Die Zinsen kurz laufender Staatspapiere liegen derzeit nahe Null und selbst die für zehnjährige Staatsanleihen bei nur 1%. Bei der Berechnung von Budgetsensitivitäten werden Veränderungen der Zinsausgaben allerdings nicht berücksichtigt (Girouard und André 2005), so dass der derzeitige Rückgang der Zinsausgaben als strukturelle Verbesserung interpretiert wird. Tatsächlich sind die derzeit geringen Zinsausgaben dem sehr niedrigen Zinsniveau und dem *Safe Haven*-Effekt zu verdanken.

Haushalts-
konsolidierung
dank niedriger
Zinsausgaben

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anziehende
Kapitalmarktzinsen
dürften Staats-
haushalt erheb-
lich belasten

Diese Haushaltsverbesserungen sind nicht dauerhafter Natur, denn mit anziehender Konjunktur und einer sich entspannenden Lage im Euro-Raum ist mit einer Straffung der Geldpolitik zu rechnen. Wenn zudem die Kapitalmarktzinsen in den USA anziehen, was mit Blick auf die bevorstehende geldpolitische Wende der USA schon bald der Fall sein kann, wird der deutsche Fiskus bei der Emissionen von Schuldtiteln wieder höhere Renditen bieten müssen. Als Folge davon werden die Ausgaben für den Schuldendienst zwar nur allmählich zunehmen, da niedrig verzinsten Staatspapiere erst nach und nach durch höher verzinsten ersetzt werden. Mittelfristig muss der Staat aber Mehrausgaben im zweistelligen Milliardenbereich verkraften (Döhrn et. al. 2013: 90f).

Nachhaltige
Finanzpolitik
sollte nicht auf
kalte Progression
bauen

Eine nachhaltige Finanzpolitik sollte auch nicht auf beständig steigende Mehreinnahmen aus der kalten Progression setzen. Diese lassen sich nicht mit der Besteuerung nach der finanziellen Leistungsfähigkeit vereinbaren. Wenn diesem wesentlichen Merkmal der Steuergerechtigkeit Rechnung getragen werden soll, dann sind der Grundfreibetrag und die Tarifgrenzen des Einkommensteuertarifs jährlich oder zumindest in regelmäßigen Rhythmen an die Inflation anzupassen. Dies ist nach den bisherigen Planungen in dieser Legislaturperiode nicht vorgesehen, so dass die Steuerpflichtigen sich auf erhebliche Mehrbelastungen einstellen müssen. Im Jahr 2017, also am Ende der laufenden Legislaturperiode, wird das Aufkommen der Einkommensteuer aufgrund der kalten Progression bei den derzeit moderaten Teuerungsraten rund 11 Mrd. € höher ausfallen als bei einem Steuertarif, der schon in diesem Jahr „auf Räder“ gestellt worden wäre, um die kalte Progression abzuschaffen. Über die gesamte Legislaturperiode kumuliert belaufen sich die Steuer-mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression sogar auf rund 26 Mrd. €.

Nicht zu Lasten
der Investitionen
sparen

Eine nachhaltige Finanzpolitik muss auch eine den Anforderungen einer modernen Wirtschaft genügende Infrastruktur sicherstellen. Konsolidierungsanstrengungen sollten daher nicht zu Lasten der öffentlichen Investitionen erfolgen, wie dies seit geraumer Zeit der Fall ist. Selbst während der Finanz- und Wirtschaftskrise, als konjunkturstimulierende Maßnahmen die öffentlichen Investitionen erheblich stützten, reichten die Bruttoinvestitionen nicht aus, um die Abschreibungen auf den öffentlichen Kapitalstock auszugleichen und einen weiteren Substanzverzehr zu verhindern. Das Nettovermögen des Staates ist mithin gesunken, was nicht nachhaltig ist.

Die Finanzpolitik hat mit den Haushaltsüberschüssen und der sich weiter bessern- den Finanzlage zwar ein wichtiges Etappenziel erreicht. Sie sollte dies aber nicht zum Anlass nehmen, in den Konsolidierungsbemühungen nachzulassen. Sie steht vor der Aufgabe, den Anstieg der konsumtiven Staatsausgaben eng zu begrenzen, um zum einen Vorsorge zu treffen für die mittelfristig wieder steigenden Zinsaus-

2. Zur Wirtschaftspolitik

gaben, und zum anderen Spielraum zu haben für eine Aufstockung investiver Ausgaben.

Auf der Einnahmenseite sollte das Steuersystem wachstumsfreundlich gestaltet werden. Dazu würde eine Reform des Tarifs der Einkommensteuer beitragen.¹³ Eine Reform, die ab 2015 auf heimliche Steuererhöhungen verzichtet und die aufgrund der kalten Progression anfallenden Mehreinnahmen an die Steuerzahler zurückgibt, wäre fiskalisch verkraftbar (Breidenbach et al. 2014). Ein Ausgleich der seit der letzten Reform des Einkommensteuertarifs aufgelaufenen Mehreinnahmen wäre eine anspruchsvollere Aufgabe, auch wenn sich die Steuersenkungen durch die induzierten Wachstums- und Beschäftigungseffekte zum Teil selbst finanzieren und sich somit nicht in vollem Umfang im staatlichen Finanzierungssaldo niederschlagen. Die budgetären Handlungsspielräume für eine solche Reform müsste sich die Finanzpolitik allerdings noch erarbeiten, am besten durch einen Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Dies ist ein mühsames, aber lohnendes Unterfangen, denn durch eine derartig finanzierte Einkommensteuerreform ließe sich eine „doppelte Dividende“ erzielen: Die Steuerentlastungen würden Leistungs- und Investitionsanreize bei Arbeitnehmern und Unternehmen induzieren, und der Abbau von Subventionen würde Allokationsverzerrungen beseitigen.

Abbau der
Kalten Progression
macht Steuersystem
wachstums-
freundlicher

Literatur

Barabas, G., R. Döhrn und H. Gebhardt (2011), Was brachte das Konjunkturpaket II? *Wirtschaftsdienst* 91: 496-498.

Bauer, M. D. and G. D. Rudebusch (2014). The signaling channel for Federal Reserve bond purchases. *International Journal of Central Banking*, 10(3): 233-289.

BMAS - Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014) Abschlagsfreie Rente ab 63. <http://www.rentenpaket.de/rp/DE/Alle-Fakten/Die-Leistungen/Rente-ab-63/rente-ab-63.htm>. Download am 10.9.2014.

Breidenbach, P., R. Döhrn und T. Kasten (2014), Günstige Gelegenheit: Jetzt die kalte Progression abschaffen. RWI-Positionen 60. Essen, RWI.

De Grauwe, P (2014), Die falsche Medizin. *The European* vom 26.8.2014. <http://www.theeuropean.de/paul-de-grauwe/8845-staatliche-investitionen-zur-ueberwindung-der-krise>. Download am 10.9.2014.

Döhrn, R. (1990), Schattenwirtschaft und Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des RWI, N.F., Heft 49. Berlin, Duncker und Humblot.

Döhrn, R. (2014), Falsche Hoffnungen - Der Mindestlohn gibt kaum Impulse für die Konjunktur. RWI-Positionen 58. Essen, RWI.

13 Zum Reformbedarf bei der Einkommensteuer vgl. Gebhardt (2013: 839f.)

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, H. Münch, G. Schäfer, T. Schmidt und H. Starke (2007), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort. *RWI Konjunkturberichte* 58 (1): 27-76.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zimmermann (2010), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion gewinnt nur langsam an Fahrt. *RWI Konjunkturberichte* 61 (1): 37-96.

Döhrn, R., P. an de Meulen, G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zimmermann (2011a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Zunehmende Risiken für die Konjunktur. *RWI Konjunkturberichte* 62 (2): 41-88.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt und L. Zimmermann (2011b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Feste Konjunktur in unsicherem Umfeld. *RWI Konjunkturberichte* 62 (1): 39-94.

Ernst, E. (2014), Nur Nachfrage schafft Jobs. *The European*, <http://www.theeuropean.de/ekkehard-ernst/8871-arbeitslosigkeit-in-europa>. Download am 10.9.2014.

EZB - Europäische Zentralbank (2012) Vom EZB-Rat am 6. September 2012 beschlossene geldpolitische Maßnahmen. *Monatsbericht*, September 2012: 7 - 12.

EZB - Europäische Zentralbank (2014) Introductory statement to the press conference (with Q&A) Frankfurt am Main, 4 September 2014. www.ecb.int.

Fuchs, A. et al. (2014), Arbeitsmarkt 2014: Zwischen Bestmarken und Herausforderungen, IAB-Kurzbericht 04/2014, Nürnberg, IAB.

Gagnon, J., M.Raskin, J. Remache, J. and B. Sack (2011). The financial market effects of the Federal Reserve's large-scale asset purchases. *International Journal of Central Banking*, 7 (1): 3-43.

Gebhardt, H. (2013), Steuerschätzung 2013 bis 2018: deutlich steigendes Steueraufkommen. *Wirtschaftsdienst* 93 (12): 835-840.

Girouard, N. und C. André (2005), Measuring Cyclically-adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Department Working Papers 434, OECD Publishing.

Statistisches Bundesamt (2014a), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Konzeptionelle Unterschiede zwischen ESVG 2010 und ESVG 1995. Wiesbaden. Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2014b), Zur Erfassung illegaler Aktivitäten im Bruttoinlandsprodukt. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Methoden/revision2014.html>. Download am 11.9.2014

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

2013; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2525,6	1693,9	278,6	553,1	
2 - Abschreibungen	502,1	290,1	63,7	148,3	
3 = Nettowertschöpfung	2023,5	1403,8	214,9	404,8	-163,3
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1426,2	1011,7	217,6	197,0	11,5
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	18,5	10,4	0,1	8,1	
6 + Empf. s. Subventionen	23,7	21,8	0,3	1,6	
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	602,5	403,6	-2,4	201,3	-174,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1428,3			1428,3	9,4
9 - Gel. Subventionen	24,7		24,7		5,5
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	304,5		304,5		4,3
11 - Gel. Vermögenseinkommen	781,1	687,5	55,5	38,1	189,0
12 + Empf. Vermögenseinkommen	850,3	409,0	20,5	420,8	119,8
13 = Primäreinkommen	2379,8	125,1	242,4	2012,2	-235,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	326,7	70,2	0,0	256,5	6,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	333,3		333,3	0,0	0,3
16 - Gel. Nettosozialbeiträge	580,4		0,0	580,4	3,1
17 + Empf. Nettosozialbeiträge	581,3	115,2	465,4	0,7	2,3
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	498,2	57,5	439,9	0,7	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	492,1			492,1	6,6
20 - Gel. s. lauf. Transfers	280,1	146,7	62,0	71,3	42,1
21 + Empf. s. lauf. Transfers	237,2	133,0	18,4	85,7	84,9
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2338,2	98,9	557,5	1681,8	-194,1
23 - Konsumausgaben	2112,7	0,0	541,2	1571,5	
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche		-47,2		47,2	
25 = Sparen	225,5	51,7	16,3	157,5	-194,1
26 - Gel. Vermögenstransfers	32,2	2,7	23,2	6,3	4,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	31,9	13,7	10,4	7,9	4,2
28 - Bruttoinvestitionen	533,5	301,3	61,3	170,9	
29 + Abschreibungen	502,1	290,1	63,7	148,3	
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-2,3	-1,9	-1,4	0,9	2,3
31 = Finanzierungssaldo	196,1	53,4	7,3	135,5	-196,1
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2338,2	98,9	557,5	1681,8	-194,1
33 + Saldo sozialer Sachleistungen			347,5	-347,5	
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2338,2	98,9	210,0	2029,3	-194,1

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Hauptaggregate der Sektoren

2014; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2613,7	1752,1	287,3	574,2	
2 - Abschreibungen	514,7	295,1	65,8	153,8	
3 = Nettowertschöpfung	2099,0	1457,0	221,5	420,4	-174,6
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1476,0	1048,3	224,0	203,6	11,9
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	18,5	10,3	0,1	8,1	
6 + Empf. s. Subventionen	23,8	22,0	0,3	1,5	
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	628,3	420,4	-2,3	210,2	-186,6
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1478,2			1478,2	9,8
9 - Gel. Subventionen	25,1		25,1	0,0	5,3
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	313,1		313,1	0,0	4,1
11 - Gel. Vermögenseinkommen	757,8	669,2	52,7	35,9	189,1
12 + Empf. Vermögenseinkommen	824,0	386,8	23,1	414,1	122,8
13 = Primäreinkommen	2460,7	137,9	256,2	2066,6	-244,2
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	336,5	66,0		270,5	8,8
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	345,0		345,0		0,4
16 - Gel. Nettosozialbeiträge	598,3			598,3	3,2
17 + Empf. Nettosozialbeiträge	599,1	117,9	480,5	0,7	2,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	509,0	55,3	453,0	0,7	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	502,9			502,9	6,6
20 - Gel. s. lauf. Transfers	286,3	150,3	63,4	72,5	42,9
21 + Empf. s. lauf. Transfers	242,7	135,1	18,8	88,7	86,5
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2420,3	119,2	584,1	1716,9	-203,8
23 - Konsumausgaben	2165,7		562,3	1603,4	
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	0,0	-47,9		47,9	
25 = Sparen	254,5	71,4	21,8	161,3	-203,8
26 - Gel. Vermögenstransfers	31,9	2,7	22,4	6,9	4,9
27 + Empf. Vermögenstransfers	33,5	14,9	11,0	7,7	3,3
28 - Bruttoinvestitionen	565,4	318,2	65,5	181,7	0,0
29 + Abschreibungen	514,7	295,1	65,8	153,8	0,0
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-2,5	-2,0	-1,4	0,9	2,5
31 = Finanzierungssaldo	207,8	62,4	12,1	133,4	-207,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2420,3	119,2	584,1	1716,9	-203,8
33 + Saldo sozialer Sachleistungen			362,5	-362,5	
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2420,3	119,2	221,6	2079,4	-203,8

Eigene Prognose.

Hauptaggregate der Sektoren

2015; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2709,8	1814,1	295,8	599,8	
2 - Abschreibungen	529,6	300,6	68,4	160,5	
3 = Nettowertschöpfung	2180,2	1513,5	227,3	439,3	-176,1
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1531,7	1090,9	230,4	210,4	12,4
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	18,9	10,5	0,1	8,3	
6 + Empf. s. Subventionen	23,8	22,0	0,3	1,5	
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	653,3	434,1	-2,8	222,1	-188,5
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1534,0			1534,0	10,1
9 - Gel. Subventionen	25,1		25,1	0,0	5,3
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	322,3		322,3	0,0	4,1
11 - Gel. Vermögenseinkommen	759,1	670,7	52,5	35,9	188,3
12 + Empf. Vermögenseinkommen	827,9	390,8	23,2	414,0	119,6
13 = Primäreinkommen	2553,3	154,1	265,1	2134,1	-248,3
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	354,8	69,0		285,7	8,8
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	363,2		363,2	0,0	0,4
16 - Gel. Nettosozialbeiträge	618,1			618,1	3,3
17 + Empf. Nettosozialbeiträge	618,9	120,8	497,3	0,7	2,5
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	524,5	56,1	467,7	0,7	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	518,2			518,2	6,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	295,4	154,8	66,5	74,0	43,7
21 + Empf. s. lauf. Transfers	249,5	136,3	18,6	94,6	89,5
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2510,4	131,3	610,0	1769,1	-205,4
23 - Konsumausgaben	2235,1		585,4	1649,6	
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	0,0	-48,5		48,5	
25 = Sparen	275,3	82,8	24,6	168,0	-205,4
26 - Gel. Vermögenstransfers	32,4	2,7	22,8	6,9	4,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	33,2	14,9	10,7	7,7	3,3
28 - Bruttoinvestitionen	599,5	341,4	68,8	189,3	0,0
29 + Abschreibungen	529,6	300,6	68,4	160,5	0,0
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	-2,4	-1,9	-1,4	0,9	2,4
31 = Finanzierungssaldo	208,7	56,2	13,4	139,1	-208,7
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2510,4	131,3	610,0	1769,1	-205,4
33 + Saldo sozialer Sachleistungen			379,9	-379,9	
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2510,4	131,3	230,0	2149,0	-205,4

Eigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,6	0,8	0,5	0,8	0,9	0,6	0,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,3	1,1	0,6	1,5	0,8	0,0	1,2
Arbeitsvolumen	- 0,9	0,3	0,1	0,7	- 0,1	- 0,6	0,9
Produktivität ¹	0,4	0,4	1,2	0,2	0,6	1,3	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,1	1,5	1,8	1,7	1,3	1,3	2,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 112,7	2 165,7	2 235,1	1 056,3	1 109,5	1 088,2	1 146,8
Private Haushalte ²	1 571,5	1 603,4	1 649,6	783,3	820,1	803,4	846,2
Staat	541,2	562,3	585,4	273,0	289,4	284,8	300,6
Anlageinvestitionen	554,0	584,2	618,9	278,1	306,1	292,7	326,2
Ausrüstungen	176,1	184,8	198,1	87,3	97,5	92,1	106,0
Bauten	279,2	296,3	312,0	141,0	155,3	147,9	164,1
Sonstige Anlagen	98,8	103,1	108,7	49,9	53,2	52,6	56,1
Vorratsveränderung ³	- 20,5	- 18,8	- 19,3	- 0,3	- 18,5	- 1,4	- 17,9
Inländische Verwendung	2 646,2	2 731,2	2 834,6	1 334,1	1 397,0	1 379,5	1 455,1
Außenbeitrag	2 646,2	2 731,2	2 834,6	1 334,1	1 397,0	1 379,5	1 455,1
Exporte	1 280,1	1 324,0	1 408,2	650,9	673,1	686,4	721,8
Importe	1 116,9	1 149,4	1 232,1	559,2	590,2	594,2	638,0
Bruttoinlandsprodukt	2 809,5	2 905,8	3 010,7	1 425,8	1 480,0	1 471,7	1 539,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,5	2,5	3,2	2,6	2,4	3,0	3,4
Private Haushalte ²	2,1	2,0	2,9	2,1	1,9	2,6	3,2
Staat	3,8	3,9	4,1	3,9	3,9	4,3	3,9
Anlageinvestitionen	0,7	5,4	5,9	6,0	4,9	5,2	6,6
Ausrüstungen	- 2,5	4,9	7,2	4,7	5,1	5,6	8,7
Bauten	1,9	6,1	5,3	7,6	4,8	4,9	5,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	4,4	5,4	3,8	4,9	5,4	5,3
Inländische Verwendung	2,2	3,2	3,8	3,3	3,1	3,4	4,2
Exporte	1,4	3,4	6,4	2,9	3,9	5,5	7,2
Importe	1,4	2,9	7,2	2,3	3,5	6,3	8,1
Bruttoinlandsprodukt	2,2	3,4	3,6	3,6	3,3	3,2	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 007,7	2 025,9	2 050,8	994,9	1 031,0	1 006,0	1 044,8
Private Haushalte ²	1 500,6	1 513,8	1 533,8	741,6	772,1	749,8	783,9
Staat	507,0	512,1	517,0	253,2	258,9	256,1	261,0
Anlageinvestitionen	525,8	547,3	571,7	260,9	286,3	270,4	301,3
Ausrüstungen	173,6	181,5	193,9	85,4	96,2	89,8	104,1
Bauten	258,4	269,8	278,4	129,0	140,8	132,3	146,0
Sonstige Anlageinvestitionen	93,6	95,8	99,5	46,4	49,3	48,2	51,3
Inländische Verwendung	2 509,4	2 552,5	2 601,3	1 256,9	1 295,6	1 276,3	1 325,0
Exporte	1 229,1	1 273,4	1 346,8	626,6	646,8	657,7	689,1
Importe	1 056,3	1 103,0	1 177,1	535,6	567,4	567,9	609,2
Bruttoinlandsprodukt	2 681,6	2 721,9	2 769,9	1 347,5	1 374,4	1 365,4	1 404,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	0,8	0,9	1,2	1,0	0,8	1,1	1,3
Private Haushalte ²	0,8	0,9	1,3	1,0	0,7	1,1	1,5
Staat	0,7	1,0	1,0	0,9	1,1	1,1	0,8
Anlageinvestitionen	- 0,7	4,1	4,5	4,7	3,6	3,6	5,2
Ausrüstungen	- 2,7	4,6	6,8	4,4	4,8	5,2	8,2
Bauten	- 0,1	4,4	3,2	5,9	3,0	2,6	3,7
Sonstige Anlageinvestitionen	1,3	2,3	4,0	1,6	3,0	3,8	4,1
Inländische Verwendung	0,7	1,7	1,9	1,9	1,5	1,5	2,3
Exporte	1,6	3,6	5,8	3,4	3,8	5,0	6,5
Importe	3,1	4,4	6,7	4,3	4,5	6,0	7,4
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,8	1,7	1,3	1,3	2,2

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,2	1,1	1,5	1,1	1,2	1,4	1,6
Konsumausgaben des Staates	3,1	2,9	3,1	3,0	2,8	3,2	3,0
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,4	1,3	1,3	1,5	1,3
Ausrüstungen	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	0,5
Bauten	2,0	1,7	2,1	1,6	1,8	2,3	1,9
Exporte	- 0,2	- 0,2	0,6	- 0,5	0,1	0,5	0,7
Importe	- 1,6	- 1,4	0,4	- 1,9	- 1,0	0,2	0,7
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,8	1,9	1,9	1,9	1,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 012,2	2 066,6	2 134,1	1 015,2	1 051,3	1 046,3	1 087,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	262,8	270,7	280,2	131,2	139,4	135,6	144,6
Bruttolöhne und -gehälter	1 165,5	1 207,5	1 253,8	576,5	631,0	597,7	656,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,9	588,4	600,1	307,5	280,9	313,0	287,1
Primäreinkommen der übr. Sektoren	367,5	394,1	419,2	180,1	214,0	188,4	230,8
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 379,8	2 460,7	2 553,3	1 195,3	1 265,4	1 234,6	1 318,7
Abschreibungen	502,1	514,7	529,6	255,4	259,2	262,8	266,8
Bruttonationaleinkommen	2 881,9	2 975,4	3 082,9	1 450,8	1 524,6	1 497,5	1 585,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 099,9	2 172,7	2 256,1	1 052,7	1 120,0	1 087,2	1 168,9
Unternehmens- und Vermögenseink.	671,6	694,5	722,1	344,9	349,6	353,9	368,2
Arbeitnehmerentgelt	1 428,3	1 478,2	1 534,0	707,8	770,4	733,3	800,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	2,1	2,7	3,3	2,7	2,7	3,1	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,9	3,0	3,5	3,1	2,9	3,4	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,6	3,8	3,8	3,4	3,7	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,1	2,6	3,3	2,8	2,4	2,9	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	0,8	2,0	0,4	1,1	1,8	2,2
Primäreinkommen der übr. Sektoren	1,7	7,2	6,4	7,8	6,8	4,6	7,8
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2,1	3,4	3,8	3,4	3,4	3,3	4,2
Abschreibungen	2,3	2,5	2,9	2,2	2,8	2,9	2,9
Bruttonationaleinkommen	2,1	3,2	3,6	3,2	3,3	3,2	4,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,2	3,5	3,8	3,5	3,5	3,3	4,4
Unternehmens- und Vermögenseink.	0,9	3,4	4,0	3,1	3,7	2,6	5,3
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,5	3,8	3,7	3,3	3,6	3,9

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 175,6	1 209,4	1 251,6	583,9	625,5	605,4	646,1
Nettolöhne und -gehälter	777,2	801,4	829,3	379,6	421,8	392,2	437,1
Monetäre Sozialleistungen	492,1	502,9	518,2	251,7	251,1	261,0	257,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	93,7	94,9	95,9	47,5	47,4	47,7	48,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,9	588,4	600,1	307,5	280,9	313,0	287,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 77,7	- 80,9	- 82,6	- 38,4	- 42,5	- 41,2	- 41,4
Verfügbares Einkommen	1 681,8	1 716,9	1 769,1	853,0	863,9	877,2	891,9
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	47,2	47,9	48,5	23,8	24,0	24,2	24,4
Konsumausgaben	1 571,5	1 603,4	1 649,6	783,3	820,1	803,4	846,2
Sparen	157,5	161,3	168,0	93,5	67,8	98,0	70,0
Sparquote (%) ⁶	9,1	9,1	9,2	10,7	7,6	10,9	7,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	2,9	3,5	2,9	2,8	3,7	3,3
Nettolöhne und -gehälter	2,8	3,1	3,5	3,5	2,8	3,3	3,6
Monetäre Sozialleistungen	2,4	2,2	3,0	1,6	2,8	3,7	2,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,9	1,2	1,1	0,6	1,9	0,6	1,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	0,8	2,0	0,4	1,1	1,8	2,2
Verfügbares Einkommen	1,8	2,1	3,0	2,2	1,9	2,8	3,2
Konsumausgaben	2,1	2,0	2,9	2,1	1,9	2,6	3,2
Sparen	- 1,3	2,4	4,1	3,2	1,4	4,8	3,2

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	637,9	658,1	685,5	329,5	328,6	343,1	342,4
Nettosozialbeiträge	465,4	480,5	497,3	233,7	246,8	241,5	255,7
Vermögenseinkommen	20,5	23,1	23,2	14,1	9,1	14,0	9,1
Sonstige Transfers	18,4	18,8	18,6	9,1	9,7	8,9	9,7
Vermögenstransfers	10,4	11,0	10,7	5,3	5,7	5,1	5,6
Verkäufe	95,8	97,6	99,7	45,1	52,4	46,1	53,6
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 248,6	1 289,4	1 335,3	636,9	652,5	659,0	676,3
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	358,5	372,6	389,5	179,0	193,6	187,0	202,5
Arbeitnehmerentgelt	217,6	224,0	230,4	107,4	116,6	110,4	119,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	55,5	52,7	52,5	26,0	26,7	25,8	26,6
Subventionen	24,7	25,1	25,1	12,4	12,7	12,4	12,7
Monetäre Sozialleistungen	439,9	453,0	467,7	225,5	227,5	234,6	233,1
Sonstige laufende Transfers	62,0	63,4	66,5	34,5	28,9	36,2	30,3
Vermögenstransfers	23,2	22,4	22,8	8,6	13,8	8,7	14,1
Bruttoinvestitionen	61,3	65,5	68,8	28,2	37,4	29,5	39,4
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Insgesamt	1 241,4	1 277,3	1 321,9	620,8	656,5	644,0	677,9
Finanzierungssaldo	7,3	12,1	13,4	16,1	- 4,0	15,0	- 1,6

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,9	3,2	4,2	3,0	3,4	4,1	4,2
Nettozialbeiträge	2,4	3,3	3,5	3,4	3,1	3,4	3,6
Vermögenseinkommen	- 4,6	12,9	0,2	24,5	- 1,3	- 0,2	0,8
Sonstige Transfers	0,4	2,1	- 1,1	2,2	2,1	- 1,9	- 0,4
Vermögenstransfers	- 5,9	5,7	- 2,6	11,3	0,9	- 3,7	- 1,6
Verkäufe	4,1	1,9	2,2	0,9	2,7	2,2	2,2
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,6	3,3	3,6	3,4	3,1	3,5	3,7
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,7	3,9	4,5	3,8	4,1	4,5	4,6
Arbeitnehmerentgelt	2,3	3,0	2,8	2,9	3,0	2,8	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 11,5	- 5,2	- 0,4	- 9,3	- 0,8	- 0,5	- 0,3
Subventionen	1,4	1,7	- 0,2	3,4	0,0	- 0,1	- 0,2
Monetäre Sozialleistungen	2,4	3,0	3,3	1,7	4,2	4,0	2,5
Sonstige laufende Transfers	13,8	2,3	4,9	2,4	2,1	4,9	4,9
Vermögenstransfers	- 16,4	- 3,6	2,0	- 11,0	1,7	1,3	2,4
Bruttoinvestitionen	0,5	6,8	5,0	16,5	0,5	4,7	5,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögengütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,3	2,9	3,5	2,5	3,3	3,7	3,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.- ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.- ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland
